

Stoppt die Haider in Europa Widerstand

gegen Rechts

Das Nachbarland Österreich wird jetzt von der rechtsextremen FPÖ mitregiert. Eine Partei, deren Vorsitzender Haider die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ im 3. Reich lobt und Veteranen der Waffen-SS als „anständige Menschen“ preist.

Der Aufstieg Haider kommt nicht von ungefähr. Die große Koalition von ÖVP und SPÖ hat durch drastischen Sozialabbau und staatlichen Rassismus die Rechtsradikalen groß werden lassen.

Rita Werner

68 Prozent der FPÖ-Wähler votieren für Haider, um die große Koalition, die seit 1986 besteht, abzuwählen.

Doch Haider ist nur ein Teil der gesamten europäischen Entwicklung: In vielen Ländern Europas sitzen zur Zeit rechtsradikale Parteien in den Parlamenten (siehe Kasten) Nach der konservativen Epoche a la Thatcher und Kohl mit explodierender Arbeitslosigkeit, (europaweit 18 Millionen Arbeitslose und 50 Millionen Menschen an oder unter der Armutsgrenze), Sozialabbau und Abbau von Arbeitnehmerrechten, regieren nun in 12 von 15 EU-Ländern Sozialdemokraten/Sozialisten: Doch weit gefehlt, wer da gedacht hätte, bessere Zeiten stünden an. Die ehe-

maligen Linksparteien führen massiven Sozialabbau durch, verschärfen Ausländergesetze und privatisieren öffentliche Unternehmen in großem Stil. Damit arbeiten sie den rechtsextremen und faschistischen Parteien in die Hände. Besonders deutlich wird die Krise des Systems in den neuen Bundesländern: Wo Menschen über 45 keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben und die Arbeitslosigkeit der 20-25jährigen über 20 Prozent liegt, niemand mehr vom „Aufschwung Ost“ und „blühenden Landschaften“ träumt, gelingt es rechtsradikalen Parteien, erhebliche Zahlen von Nichtwählern zu mobilisieren. So erhielt die DVU '98 bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt in allen Wahlkreisen zwischen 10 und 20 Prozent der Stimmen.

Europaweit verkaufen Sozialdemokraten den praktizierten „Raubtierkapitalismus“ als „Dritten Weg“ oder „Modernisierung“.

Der politische Rechtsruck zeigt sich jedoch nicht nur im wirtschaftlichen Sinne. In diesem Frühjahr beginnt die rot-grüne Bundesregierung mit der Abschiebung von 180.000 Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem Kosovo. Schröder benutzte bereits vor Regierungsantritt rechtspopulistische Parolen, wie: „Wer unser Gastrecht mißbraucht, für den gibt's nur eins: Raus!“ Kommen uns diese Parolen nicht bekannt vor? Haider konnte mit Ausländerhetze in Österreich auf Stimmenfang gehen.

Nun, da die FPÖ in der Regierung sitzt und zu einem Störfaktor in der EU werden könnte, hört sich Schröder ganz anders an: „In einem Europa des Rechtes und der Sicherheit kann man mit Minderheiten nicht so umgehen, wie Herr Haider sich das zu eigen gemacht hat.“ Was Schröder nicht daran hindert, die ausländerfeindliche Politik der Kohl-Regierung fortzuführen. Auch die Gewerkschaftsführer haben den Weg nach rechts eingeschlagen. IG-Metallchef Zwickel sprach sich bereits '94 für eine „Ausländerquote“ aus, „um den deutschen Arbeitsmarkt zu entlasten und den sozialen Sprengsatz zu entschärfen“. Das Fehlen einer konsequenten politischen Alternative von Links erlaubt es, daß in Deutschland und anderen Ländern Europas rechtsradikale Parteien immer mehr Fuß fassen und rassistische und rechtsradikale Parolen salonfähig werden.

Offen faschistische Organisationen sind heute meist (noch) relativ kleine Terrorgruppen. Doch das Ausmaß ihrer Aktionen wurde vergangenes Jahr in Schweden dramatisch deutlich: Es gab mehrere Anschläge und Überfälle, bei denen linke Journalisten schwer verletzt und im Dezember vergangenen Jahres ein aktiver Gewerkschafter ermordet wurde. In Deutschland gehen jedes Jahr etliche Straftaten bis hin zu Mord auf das Konto von Neonazis. Bezeichnend für die offizielle Verharmlosung neofaschistischer Auftritte die jüngst statt gefundene

NPD-Demo in Berlin, bei dem die Braunhemden durch das Brandenburger Tor marschieren durften.

Doch auch der Widerstand gegen die rechten Rattenfänger formiert sich. 300.000 protestierten im Februar in Wien gegen Haider, gegen Sozialabbau und Rassismus. Und die Proteste gehen weiter. Allerdings werden Demonstra-

tionen allein nicht ausreichen, um den Vormarsch der Rechten zu stoppen.

In Deutschland, Österreich und anderen europäischen Ländern müssen neue Arbeiterparteien aufgebaut werden, um eine linke Alternative anzubieten und so einen weiteren Rechtsruck zu verhindern.

Rechtsradikale Parteien in Europa:

ITALIEN: Alleanza Nazionale um Gianfranco Fini mit 91 Abgeordneten im Parlament. Lega Nord um Umberto Bossi, 46 Abgeordnete. Bildeten 1994 mit Berlusconi eine Rechtsregierung.

FRANKREICH: Front national (FN) um Le Pen. Nach Abspaltungen fielen sie von 15 auf 5,7 Prozent

BELGIEN: Vlaams Blok, 15 Abgeordnete im Parlament, (9,8 Prozent). In Antwerpen erreichte er 28 Prozent. Im EU Parlament bilden die beiden Abgeordneten zusammen mit der FPÖ und der Front national eine Fraktion

SCHWEIZ: Schweizerische Volkspartei um Christoph Blocher. Mit 22,6 Prozent zweitstärkste Kraft im Nationalrat.

DÄNEMARK: Dänische Volkspartei 13 Abgeordnete (7,4 Prozent). Nach derzeitigen Umfragen liegt sie bei 15,7 Prozent und könnte Mehrheitsbeschafferin für die bürgerliche Opposition werden.

NORWEGEN: Fortschrittspartei, mit 15,3 Prozent zweitstärkste Kraft im Parlament. Die bürgerliche Minderheitsregierung stützt sich zum Teil auf die Abgeordnetenstimmen der Fortschrittspartei

Polit-Skandale:
Kapitalismus =
Korruption

Seite 2

Bahnunfälle:
Privatisierung tötet

Seite 3

Frauen kämpfen
international

Seiten 6 und 7

Haider -
neuer Hitler?

Seite 9



Die Nazis wurden mit Geldspenden der Großindustriellen gefördert. Im Bild ganz rechts: Gustav Krupp

Große Tradition

Regierungen bestehen - das hat beim Krupp-Konzern eine große Tradition. Als einer der mächtigsten Industriellen Deutschlands unterhielt Krupp schon vor dem Ersten Weltkrieg am Regierungssitz Berlin ein Büro, dessen erklärte Aufgabe es war, mit Hilfe von Bestechung Informationen über die Rüstungspläne des Kriegsministers und über Angebote konkurrierender Rüstungsunternehmen zu beschaffen.

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs wurde von dem sozialistischen Reichstagsabgeordneten Karl Liebknecht ein Bestechungskandal enthüllt, in den Krupp-Manager, Heeresoffiziere und Regierungsbeamte verwickelt waren.

Die Krupps gehörten auch zu den Geldgebern der Nazis. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach war Vorsitzender des Kuratoriums „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Industrie“.

Sein ältester Sohn und Erbe, Alfred Krupp, war schon frühzeitig „Förderndes Mitglied der SS“.

Die Beziehung zwischen Krupp und der Regierung der Weimarer Republik läuft bis heute, auch Schreiber ist ein Koffertträger des Krupp-Thyssen-Konzerns. Dies zeigt noch einmal die Kontinuität

solcher Verbindungen, nicht nur über alle Regierungen hinweg, sondern auch durch alle verschiedenen Regierungsformen hindurch: Kaiserreich, Weimarer Republik, Faschismus, Bundesrepublik.

„Die Wege des Kapitals sind nicht im mindesten wunderbar. Mit der gleichen naturgesetzlichen Notwendigkeit, die das Wasser den Berg hinuntertreibt, strömt das Kapital an den Ort des höchsten Profits. Ihm moralische Skrupel welcher Art immer ansinnen, hieße, dem Wasser zumuten, bergan zu laufen oder dem Felde zuzufiegen. Aber die Wege des Kapitals sind dennoch wunderbar. Nicht in ihrer Gesetzmäßigkeit, sondern in ihrer unersöhnlichen Mannigfaltigkeit... Verborgene Maulwurfsgänge, geheime, geheime Kanäle, ein weitverzweigtes unterirdisches Röhrennetz, leiten in politische Parteien, die zu einem guten Teil geradezu die Ausgehenden gewisser kapitalistischer Interessentengruppen sind, leiten in allerhand scheinbar unabhängige, oft sich höchst idealistisch gebärdenden Vereinsorganisationen, leiten vor allem auch in die Presse.“

Karl Liebknecht in seiner Rede zum Krupp-Skandal im Reichstag am 21. 4. 1913

Den Gewerkschaften Dampf machen

Die DGB-Spitze und die Führungen der Einzelgewerkschaften haben bisher über den aktuellen Korruptionsskandal kein Wort verloren. Die IG Metall läßt in ihrer Mitgliederzeitung vom Februar den Ressortleiter Innenpolitik der „Süddeutschen Zeitung“ auf die MetallernInnen mit folgendem Kommentar los: „Man muß kein Anhänger der CDU sein, um jetzt Angst um sie zu haben. Die Partei, die die Bundesrepublik gestaltet und geprägt hat, ist in verzweifelter Lage“.

Kein Wort mehr davon, daß die CDU die Partei des Großkapitals ist, mit der es jahrzehntlang gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften regiert hat. Die Gewerkschaftsführer haben wohl auch Angst, daß der Korruptionssumpf ihrer Tarifpolitik der Bescheidenheit, festgeschrieben in der Vereinbarung im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“, einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Nachdem klar ist, daß Unternehmer Millionen bzw. über die Jahre Milliarden übrig hatten, um Politiker zu kaufen, um nehmen sie dann noch die Glaubwürdigkeit für die Behauptung her, daß kein Geld für Lohnerhöhungen da ist. Wenn alle früheren Verhandlungsführer bei den Lohnrunden im öffentlichen Dienst, (Kanter, Schleußer, Ruschmeier), durch Steuerhinterziehungen bzw. Beihilfe zur Steuerhinterziehung und andere Tricks die öffentlichen

Kassen geplündert haben und sie ihre Machenschaften nach ihrem Abgang noch mit monatlichen satten Pensionszahlungen belohnt bekommen, warum sollten die Arbeiter, Angestellten und Beamten bei Bund, Ländern und Gemeinden dem Argument der leeren Kassen folgen und weiter Lohnverzicht üben?

Radikaler Kurswechsel

Wir fordern von den Gewerkschaftsführungen, daß sie einen Kampf für eine lückenlose Aufklärung führen. Über organisieren Druck in den Betrieben, durch Betriebsräte und Vertrauensleutekörper, müssen die Konzerne, Banken und Versicherungen gezwungen werden, alle Zahlungen an Parteien, Politiker und staatliche Institutionen offenzulegen. Die Gewerkschaften müssen einen radikalen Kurswechsel vollziehen: Schluß mit der Zusammenarbeit mit Konzernherren, Regierungen und etablierten Parteien, stattdessen ein offensiver Kampf gegen die Unternehmer und ihre Regierungen. Die kommende Tarifrunde muß dazu der Startschuß sein. Um das Abheben von Gewerkschaftsfunktionären von der Basis zu verhindern, müssen ihre Gehälter auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn begrenzt werden. Die sich neu formierende Gewerkschaftslinker sollte eine Rolle dabei spielen, die Sprachlosigkeit der Gewerkschaften in Sachen Korruptionsskandal zu beenden.

unser standpunkt

Kapitalismus = Korruption

Stellungnahme der Sozialistischen Alternative zum Politkandal

Gesetzesbrecher machen Gesetze, Geldschieber entscheiden über die Höhe unserer Abgaben, Lügner regieren uns. Der Skandal ist nicht die einzelne Spendenaffäre, sondern der Skandal ist das System. Wir drucken hier Auszüge aus der Stellungnahme der SAV zum Korruptionssumpf:

Nachdem die Ära Kohl im September 1998 von der deutschen Arbeiterklasse durch die Bundestagswahlen beendet wurde, führt der CDU-Spendenskandal nun zum Sturz des Denkmals Kohl - und mit ihm erleidet nicht nur die CDU, sondern das ganze System der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie zurecht eine bedeutende und nachhaltige Einbuße an Vertrauen.

Für die CDU weitet sich der Skandal zu einer Existenzkrise aus. Die Zukunft der Partei ist vor dem Hintergrund täglich neu an die Öffentlichkeit kommender krimineller Aktivitäten, (die immer noch nur die Spitze des Eisbergs repräsentieren), alles andere als sicher.

Doch Korruption ist nicht die Folge falsch funktionierender Institutionen oder eines falschen politischen Systems. Korruption gehört zum Kapitalismus, wie die Lohnarbeit und das Profitstreben.

Konzentrierte Ökonomie

Politik ist konzentrierte Ökonomie - wie Lenin einmal etwas zugespitzt formulierte.

Hintergrund des aktuellen Korruptionsskandals ist der Charakter der kapitalistischen Gesellschaft. In der kapitalistischen Wirtschaft gibt es keine Demokratie. Die Besitzer großer Aktienanteile und Kapitaleigner haben das alleinige Sagen. Die Einflußnahme durch gewerkschaftliche Mitbestimmung oder das parlamentarische System ist gering und nicht maßgeblich für getroffene Entscheidungen. Die Klasse der Kapitalisten ist aber auch politisch herrschende Klasse durch ihre entscheidende Einflußnahme auf den und Kontrolle des Staatsapparates und der bürgerlichen Parteien, um politische Entscheidungen und Gesetzgebungen zu erwirken, die ihr Privateigentum an Produktionsmitteln und ihre Macht verteidigen. Bestechung und Korruption, ob nun legal durch offizielle Parteispenden und überhöhte Abgeordnetendiäten und Aufsichtsratsentlohnungen, oder illegal, wie beim CDU-Skandal, sind ein wichtiger Faktor für die Schaffung einer Übereinstimmung von Interessen der Kapitalisten, der Staatsspitzen und der Führungen der bürgerlichen Parteien.

„Mit Entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

T. J. Cuninghams zitiert von Karl Marx in Das Kapital Band I

Die illegale Parteienfinanzierung ist aus folgenden Gründen eine Notwendigkeit aus Sicht der Kapitalisten: nachdem die deutschen Kapitalisten Hitler massiv finanziell unterstützt und ihn an die Macht gebracht hatten, hat die Arbeiterbewegung nach Ende der faschistischen Diktator Reformen durchgesetzt, die eine ähnliche Parteienfinanzierung in Zukunft verhindern sollten. Dazu gehörte die Begrenzung steuerlicher Absetzbarkeit von Parteispenden und die begrenzte Offenlegungspflicht von Parteispenden. Um diese zu umgehen und als Spender Anonymität zu bewahren (damit die direkte Verbindung von Parteispenden und politischen Entscheidungen nicht offensichtlich wird) wurde zum Beispiel die Staatsbürgerliche Vereinigung gegründet, die als Geldwaschanlage für Parteispenden diente, bzw. werden Parteispenden nicht angegeben.

Alle bürgerlichen Parteien oder solche, die im Sinne des Systems funktionieren, erhalten finanzielle Zuwendungen durch Banken, Versicherungen und Konzerne.

Seilschaften gewechselt

Regierungswechsel oder sonstige Umbruchphasen sind häufig genau die Perioden, in denen Skandale hochkochen. Die Bildung neuer Seilschaften, das Knüpfen neuer Verbindungen und das Abräumen der alten Beziehungen stehen dann häufig an. Wenn der alte Filz besonders dicht und langlebig war, ist es dann manchmal

nötig, den Deckel über dem konspirativen Sumpf etwas zu lüften und einzelne Figuren bloßzustellen. Dieser Zusammenhang scheint auch bei der Aufdeckung des aktuellen CDU-Spendenskandals zu bestehen. 16 Jahre Kohlregierung haben einen Filz hinterlassen, der scheinbar selbst aus Sicht der Kapitalistenklasse zu weit geht. Nach einem Jahr haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen als eine für das Kapital verlässliche Regierungskoalition bewiesen. Entscheidende Teile der Kapitalistenklasse sehen in dieser Regierung für die kommende Periode die besseren Sachverwalter für ihre Interessen.

Der ökonomische Hintergrund für die Zunahme an Korruption und Skandalen ist die Krise des internationalen Kapitalismus.

Die internationale Konkurrenz wird mit noch härteren Bandagen geführt, was zu verschärftem Kampf um staatliche Aufträge und Milliarden-Subventionen, verstärktem Druck auf die Politik für jeweils „günstige“ Standortbedingungen, (niedrige Steuern, Sozialabgaben, möglichst wenig Schutzrechte, etc.), führt.

Mangels ausreichend anderer profitabler Verwertungsmöglichkeiten wurden und werden überall öffentliche Betriebe und Einrichtungen privatisiert, darunter so große Bereiche wie Telekommunikation. Beim öffentlichen Ausverkauf, der durch politische Entscheidungsträger vorbereitet und durchgeführt wird, sind engste Verbindungen mit diesen notwendig, winken extrem hohe Profite. Im Zusammenhang mit Privatisierungen gab es überall Schmiergeldaffären und Korruptionsskandale. In Deutschland kam noch die besondere Situation des Ausverkaufs der verstaatlichten Wirtschaft in Ostdeutschland hinzu.

Perspektiven

Auch wenn SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die Gewerkschaftsführung zur Zeit die CDU versuchen zu stützen, um eine weitere Destabilisierung zu verhindern, (und wahrscheinlich darauf verzichten werden, die CDU in den finanziellen Bankrott zu treiben, was rechtlich durchaus möglich wäre), werden sich aus der Krise der konservativen Parteien über kurz oder lang politische Umgruppierungen im bürgerlichen Lager ergeben.

Der Aufstieg einer deutschen Haider-Partei ist eine mögliche Perspektive, wenn sich denn ein „deutscher Haider“ findet. Es ist auch möglich, daß es zu einem Bruch von CDU und CSU kommt und Stoiber zur Galionsfigur einer bundesweiten nationalistischen Partei wird, die sich in Folge einer kommenden Rezession und EURO-Krise gegen die Vollendung der Europäischen Währungsunion (EWU) einsetzen könnte. Auch eine Aufspaltung der bürgerlichen Kräfte auf mehrere Parteien ist möglich, über das ganze Spektrum von rechtsaußen bis liberal, zum Abgraben möglichst unterschiedlicher Wählerschichten.

Der CDU-Korruptionsskandal ist eine Warnung an die Arbeiterklasse. Er drückt aus, welches Verhältnis die Herrschenden zu Recht und Gesetz haben: dient es zum Schutze des Privateigentums und ihrer Profite, zur Kriminalisierung von Demonstrationen, zur Abschiebung von ImmigrantInnen, so pochen Wirtschaftsbesitzer und Regierungspolitiker auf die strikte Einhaltung von Recht und Ordnung. Geht es aber um „Landschaftspflege“, wird die Einhaltung von Recht und Ordnung nicht mehr so eng gesehen. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß in Zukunft, wie schon oft in der Geschichte der Herrschaft des Kapitals geschehen, demokratische Rechte, wie Streikrecht, Demonstrationsfreiheit etc., mit Füßen getreten und abgeschafft werden, wenn die Ausübung dieser Rechte durch die Arbeiterklasse der Kapitalherrschaft gefährlich wird.

Kein Vertrauen in bürgerliche Politiker und Wirtschaftsbesitzer muß die Schlußfolgerung aus dem Korruptionsskandal für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche sein!

Neue Arbeiterpartei

Die Antwort auf den Korruptionsskandal, auf die arbeitnehmerfeindliche Politik von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, CDU, CSU und FDP, auf die wachsende Bedrohung durch die Faschisten und auf den bürgerlichen Anpassungskurs der PDS-Führung, muß der Ruf nach dem Aufbau einer neuen Arbeiterpartei sein.

Eine solche Partei könnte unter Beweis stellen, daß sie in den besten Traditionen der sozialistischen Arbeiterbewegung steht und den Korruptionssumpf des Kapitals widersteht. Jederzeitige Wahl- und Abwählbarkeit von Funktionären, die Begrenzung von Funktionsgehältern und Abgeordnetendiäten auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn, wie bei der SAV und den Mitgliedsparteien im Komitee für eine Arbeiterinternationale praktiziert, sind wirksame Kontrollmechanismen, um eine Entfremdung der Führung von der Basis zu verhindern.

Den Korruptionssumpf aufdecken und trockenlegen:

- 1. Sofortige Streichung aller Diäten und Pensionszahlungen an Politiker wie Kohl und Kanther, die in die Betrugs- und Spendenaffären verwickelt sind
- 2. Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission, die öffentlich tagt, aus gewählten VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung zur Untersuchung der Parteifinanzen
- 3. Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne und Untersuchung

- der Finanzen durch gewählte VertreterInnen aus Betrieb und Gewerkschaft
- 4. Keine Steuergelder zur Finanzierung der Parteien, keine steuerliche Begünstigung von Parteispenden
- 5. Schluß mit der Diktatur des Kapitals - Überführung der Banken und Konzerne in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

Privatisierung tötet

1994 wurde die Bundesbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Ziel ist die Privatisierung der Bahn. Seitdem wurden 90.000 Arbeitsplätze vernichtet – ein Minus von 27 Prozent. Bis zum Jahr 2004 sollen weitere 70.000 Bahnbeschäftigte wegrationalisiert werden. Nach jedem tödlichen Unfall wiederholen die Bahnmanager gebetsmühlenartig, der Personalabbau im Zuge der Privatisierung gefährde nicht die Sicherheit. Aber für Geld wird ja bekanntermaßen auch gelogen.

Georg Kümmel, Köln

Die Fakten widersprechen nämlich den Befürwortern der Privatisierung: Der Stellenabbau führt dazu, daß die Züge und die Gleisanlagen seltener überprüft und gewartet werden. Kontrollen werden "größzügiger" gehandhabt. Durch den Personalabbau sind der Bahn viele erfahrene MitarbeiterInnen in diesen Bereichen verlorengegangen. Die Lokführerausbildung wurde von drei Jahren auf sieben Monate verkürzt. Der Fahrer der Unglückslok von Brühl hatte sogar überhaupt keine reguläre Prüfung bei der Bahn absolviert. Weil knapp 1000 Lokführer fehlen, schieben sie 245.000 Mehrarbeitsstage vor sich her. Weil anderes Personal eingespart

wurde, müssen manche Lokführer an Endhaltestellen die Lok betanken und die Chemie-Toiletten ausleeren. Ruhepausen wurden dafür gestrichen.

Nicht nur der Personalabbau erhöht die Unfallgefahr. Im Rahmen der Privatisierungsmaßnahmen werden Aufgaben und Verantwortungsbereiche an private Firmen vergeben und aufgesplittet. War früher in der Regel die Bundesbahn für alle mit einer Bahnbaustelle verbundenen Tätigkeiten zuständig, so liegen heute Bauplanung, Bausausführung, Bauüberwachung und Streckensicherung in der Hand von verschiedenen privaten Firmen, von denen jede zuerst ihrem eigenen Profit verpflichtet ist. Kein Wunder, daß gerade an Baustellen immer wieder Gleisarbeiter wegen mangelhafter Sicherheitsvorkehrungen von Zügen überfahren werden.

Shareholder value

Das Denken der Bahnmanager kreist immer nur um die Frage, wo sie noch einen Arbeitsplatz, noch ein paar Mark Lohn einsparen können, damit die zukünftigen Aktionäre eine saftige Rendite bekommen. Wenn die Bahn erst an private Konzerne verschertelt worden ist, wird die Sparwut weiter steigen. Zu beobachten ist das Ergebnis bei den privatisierten Bahnen in Großbritannien. Bei dem Bahn-



Mit der Privatisierung wird die Bahn vor die Wand gefahren

unglück, vor einem halben Jahr, in London-Paddington, starben 40 Menschen. Ein automatisches Zug-Brems-System, das diesen Unfall verhindert hätte, war von der Betriebsgesellschaft abgelehnt worden. Begründung: Die dafür nötigen Investitionen würden den Aktienkurs unter Druck setzen.

Unfälle vorprogrammiert

Weitere Unfälle und Katastrophen wie 1998 in Eschede oder jüngst in Brühl sind vorprogrammiert, wenn Privatisierung und Personalabbau weitergehen und nicht rückgängig gemacht werden.

Skandalös ist die Mittäterschaft der jetzigen Führung der Eisenbahnergewerkschaft (GdED) bei Privatisierung und Personalabbau. Ihr Sprecher, Hubert Kummer, behauptete sogar, die Gewerkschaft habe "keinerlei Hinweise", daß an der Sicherheit gespart würde. (Berliner Morgenpost, 20. 2. 99). Bahnmanagement und Gewerkschaftsführung verweisen gerne darauf, daß Bahnfahren immer noch sicherer als der Straßenverkehr sei. Diese Haltung ist doppelt zynisch. Dadurch, daß die Bahn Personal abbaut, provoziert sie

tödliche Unfälle wie in Brühl, dadurch, daß sie Strecken stilllegt, zwingt sie noch mehr Menschen in den gefährlichen Straßenverkehr.

Eine gewisse Anzahl Toter wird im Bahnverkehr als unvermeidlich dargestellt. Aber in Spanien, wo die staatliche Bahn über vergleichsweise gute Sicherheitseinrichtungen verfügt, wurde 1998 kein einziger Mensch im Bahnverkehr getötet.

Die SAV kämpft für:

- ☛ Stopp aller weiteren Schritte Richtung Privatisierung bei der Bahn, Keine Privatisierung des ÖPNV
- ☛ Kein weiterer Stellenabbau
- ☛ Gemeinsamer Kampf von GdED und ÖTV mit ihren KollegInnen in der EU gegen Bahn- und Bus-Privatisierung und Stellenabbau in Deutschland und der EU
- ☛ Dreijährige Ausbildung für Lokführer
- ☛ Zwei Lokführer in jeder Lok
- ☛ Ausbildung und Einstellung von zusätzlichen Lokführern, damit keine Überstunden mehr anfallen.
- ☛ Drastische Erhöhung der Gehälter

Ein staatliches Investitionsprogramm für die Bahn: Mehr Personal, mehr Sicherheit, mehr Züge. Statt Streckenstilllegungen

Ausbau von eingleisigen Strecken zu zweigleisigen

Finanzierung u.a. mit den sechs Milliarden DM, die immer noch für den Bau einer Transrapid-Strecke reserviert sind

Bildung einer demokratisch gewählten Kommission, in der Bahnbeschäftigte aus verschiedenen Bereichen Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit erarbeiten

Abschaffung der überbezahlten Managerposten bei der Bahn

Demokratische Kontrolle und Verwaltung der Bahn durch gewählte VertreterInnen der Bahn-Beschäftigten, der Gewerkschaften und der öffentlichen Hand. Diese VertreterInnen müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein und dürfen nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen

Vodafone-Mannesmann-Fusion Falsche Politik der IG Metall-Führung

Monatelang tobte die „Übernahmeschlacht“ zwischen Vodafone und Mannesmann. Nach viel Getöse und 400 Millionen DM für Zeitungsanzeigen etc. haben sie sich doch geeinigt.

Wolfram Klein, Stuttgart

Als im November Vodafone sein erstes Übernahme-Angebot für Mannesmann machte, gab es erhebliche Proteste. Kanzler Schröder und NRW-Ministerpräsident Clement sprachen ihr Mißfallen über feindliche Übernahmen aus. Die IG Metall drohte mit Gerichten und Streik, und organisierte eine Vollversammlung von 1000 Mannesmann-Betriebsräten, auf der Clement und IG-Metall-Chef Zwickel, nebenbei stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender von Mannesmann, der Konzernleitung Unterstützung bei der Abwehr des Übernahmeversuchs anboten.

Als im Frühjahr 1999 die Mannesmann-Tochter Arcor den Konkurrenten o.tel.o aufkaufte, wurde geschätzt, daß dort ein Drittel der Arbeitsplätze vernichtet würden. Wo waren die Proteste der Gewerkschaftsfunktionäre? Wo waren sie, als Mannesmann im Oktober den Kauf des britischen Konkurrenten Orange ankündigte?

Ein weiteres Instrument, um Arbeitsplätze zu vernichten und die Ausbeutung der übrigen Beschäftigten zu steigern, ist die Ausgliederung von Firmenteilen, die Zerschlagung einer Firma in mehrere selbständige Unternehmen. Genau das soll jetzt bei Mannesmann geschehen. Den profitablen und boomenden Telekommunikationsbereich will Vodafone behalten, Anlagenbau und Automobiltechnik, 80 Prozent der Beschäftigten, sollen als separate Firma an die Börse gehen. Vodafone verspricht, daß diese Bereiche nicht weiter aufbrechen werden sollen, aber

was die neuen Eigentümer damit machen und wieviel Arbeitsplätze übrigbleiben werden, steht auf einem anderen Blatt.

Widerstand

Widerstand gegen diese Zerschlagungspläne war und ist deshalb notwendig. Aber diese Pläne stammen nicht von Vodafone. Mannesmann-Chef Esser hatte sie schon im September 1999 bekanntgegeben, lange vor allen Fusionsplänen. Durch die Fusion soll sie nur ein paar Monate früher kommen. Damals hätte die IG Metall anfangen müssen, Gegenwehr zu organisieren, beginnend mit der Aufklärung der Beschäftigten darüber, daß das einzige Mittel zum Erhalt von Arbeitsplätzen, der Kampf um Arbeitsplätze ist – und nicht Mausecheln mit dem Management. Die Antwort auf die Übernahmeforderung hätte nicht Nationalismus und der Schulterschuß mit dem Management sein dürfen, das nach Kräften zu beweisen versuchte, daß es alles tat, um die Profite für die Aktionäre hochzutreiben, sondern in der Kontaktaufnahme mit den Beschäftigten von Vodafone Airtouch und den anderen Firmen der Branche, den möglichen Übernahmeopfern von morgen.

Der ganze Irrsinn in der Telekommunikationsbranche – Konkurrenzkampf, Abbau von zehntausenden einstmals sicheren Arbeitsplätzen, Milliardenausgaben für unnütze Werbung sowie die 60 Millionen Mark Abfindung für Mannesmann-Chef Esser hat in den Ländern der EU mit der Privatisierung der jeweiligen staatlichen Post/Telekom begonnen. Der Ausweg ist deshalb ein länderübergreifender Kampf gegen Stellenabbau, Arbeitshetze, Lohndumping – und für die Rückführung der gesamten Telekommunikation in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten. ■

Vor 10 Jahren: DDR-Volkskammerwahlen

Im März 1990 setzten Millionen Menschen in Ostdeutschland ihre Hoffnungen auf Kohl und die CDU. Die „Allianz für Deutschland“ errang einen deutlichen Wahlsieg.

Rückblickend scheint es bizarr, daß die Partei der schwarzen Koffer, Lügen und Skandale noch vor zehn Jahren als Hoffnungsträger gesehen wurde. Aber auch damals kam der Wahlsieg der CDU überraschend. Wie es dazu kam, daß die arbeitenden Menschen der DDR, die es geschafft hatten, die bürokratische SED-Diktatur zu stürzen, statt im „Wirtschaftswunderland“ im Reich von Arbeitslosigkeit und Profitwahn landeten, erklärt der britische Sozialist Robert Becher in seinem Buch „Die gescheiterte Revolution“. Im folgenden Auszüge:

„Trotz später Anzeichen eines Stimmungsumschwungs in Richtung Unterstützung für Kohls Allianz für Deutschland, war das Ausmaß des Sieges bei den Volkskammerwahlen vom 18. März atemberaubend ... Insbesondere weil erwartet worden war, daß die Sozialdemokraten die größte Unterstützung gewinnen würden. Außerdem war die Allianz für Deutschland erst am 5. Februar gegründet worden, kaum sechs Wochen vor der Wahl.“

„Die SPD stand für eine allmähliche Wiedervereinigung; Die CDU ... versprach eine schnelle Wiedervereinigung. So verlor die SPD die Unterstützung derer, die eine schnelle Wiedervereinigung wollten ... und die Stimmen derer die den Auswirkungen der Wiedervereinigung skeptisch entgegen sahen, an die PDS.“

Die PDS war als die einzige Partei, die eindeutig für die Verteidigung einiger der sozialen Errungenschaften eingetreten ist, die der Bevölkerung der DDR unter einer geplanten Wirtschaft, trotz der Misserwirtschaft, zu Gute gekommen sind, in der Lage ein gewisses Maß an Unterstützung zu erlangen. Aber keine der sogenannten 'linken

Parteien, weder die SPD noch die PDS, trat gegen die Wiedereinführung des Kapitalismus ein.“

Die PDS sprach von einer „Wirtschafts-, Monetär- und Sozialunion unter Einbeziehung der gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse in beiden Staaten“. Schöne Worte, doch was bedeuteten sie letztlich? Es war weder eine deutliche Ablehnung des „Marktes“, also des Kapitalismus, noch ein Eintreten für Sozialismus oder für die Durchsetzung der ursprünglichen Hoffnungen der Revolution.“



„Die gescheiterte Revolution“ kann über die Redaktion VORAN oder den Buchhandel bezogen werden. 180 Seiten, Paperback, 20 DM. ISBN 3-00-005074-4

Ihr da oben ...



Von Potemkin ...

Der russische Häftling Potemkin ließ vor 200 Jahren auf der Krim schöne Dorfkülsen aufbauen. Anlaß war eine Besichtigungsreise der Zarin Katharina II. Ihr sollte ein blühendes Land vorgetäuscht werden.

... zu Schröder

Kurz vor dem Besuch von Bundeskanzler Gerhard Schröder in einem Leverkusener Gymnasium wurden Schulhof und Grünanlagen schön hergerichtet. In der Schule wurden flugs die Flure neu gestrichen – aber nur die, durch die Schröder schreiten würde.

Müllkippe Meer

Nach neuesten Zahlen fließen bei Unfällen jährlich weltweit etwa 80.000 Tonnen Mineralöl ins Meer; absichtlich werden von Schiffen mehr als 300.000 Tonnen Motoröl und Ölschlamm abgelassen, dazu kommen Rückstände aus illegaler Tankreinigung von Öltankern. Soviel zur Eigenverantwortung der privaten Wirtschaft im Umgang mit der Natur.

In Deutschland wurden 1998 wegen Gewässerverunreinigung in Nord- und Ostsee 212 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Letztlich gab es zwei Verurteilungen zu Geldstrafen von insgesamt 3790 Mark. „Im Prinzip kann jeder auf dem Meer so viel Dreck ablassen wie er will – die Strafe wird, wenn überhaupt, aus der Portokasse bezahlbar sein.“ schreibt dazu die Süddeutsche Zeitung.

Mogelpackung

Der von vielen Energieanbietern im, durch die Energiemarkt-Liberalisierung nun hart umkämpften, Strommarkt angebotene Ökostrom erweist sich in vielen Fällen als Mogelpackung. So werden zum Beispiel die Bayerwerke mit Strom aus Wasserkraft unter der Bezeichnung „aquapower“. Der Naturschutzbund Deutschland weist jedoch darauf hin, daß ein Großteil dieses Stroms aus den Atomkraftwerken an Isar und Donau stammt (Atomkraftwerke werden ja auch mit Wasser gekühlt).

Marx aktuell

„Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit ... auf dem Gegenpol.“ (Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. 1, S. 675.)

Die drei reichsten Menschen der Erde verfügen zusammen über ein Vermögen, das größer ist als das gesamte Bruttoinlandsprodukt aller 35 am wenigsten entwickelten Länder mit ihren 600 Millionen Einwohnern.

In mehr als 80 Ländern geht es den Menschen nach Pro-Kopf-Einkommen schlechter als vor zehn Jahren. 95 Prozent aller neuen AIDS-Infektionen betreffen die Entwicklungsländer. (Aus dem 1999 veröffentlichten Jahresbericht der Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen – UNDP). Das UN-Kinderhilfswerk (UNICEF) schätzte die Zahl der Analphabeten 1999 auf etwa 1 Milliarde Menschen.



... wir hier unten

Tarifrunde 2000

Gewerkschaften in die Offensive

Die Gewerkschaftsführung versucht in der Tarifrunde 5,5 Prozent als Obergrenze für die diesjährige Tarifrunde durchzusetzen. Da, wo die Basis diskutiert, werden oft viel höhere Forderungen beschlossen. Einige Beispiele:

- In den regionalen Tarifkommissionen der IGM gab es zwar eine Mehrheit für die Vorstandsempfehlung von 5,5 Prozent. Laut „direkt 2/2000“ gab es „einige Kommissionsmitglieder - vor allem aus boomenden Branchen wie den Autokonzernen, die der Auffassung waren, 5,5 Prozent seien die absolute Untergrenze. Vereinzelt wurden Forderungen bis zu neun Prozent laut.“
- Die Vertrauensleuteversammlung im Bremer Daimler-Chrysler-Werk beschloß, daß Tariffonds in der Tarifrunde keine Rolle spielen sollen. Stattdessen wurde eine gesetzliche Rente mit 60 mit vollen Bezügen gefordert. „16 Jahre haben wir den Fehler gemacht, Ex-Bundeskanzler Kohl nicht auf die Füße getreten zu haben. Diesen Fehler wollen wir nicht noch einmal machen“, heißt es in der Entschließung der Vertrauensleute. Für die Tarifrunde wurde eine Forderung von 8,5 Prozent mindestens jedoch 350 DM beschlossen.
- Der Vertrauenskörper bei Porsche beschloß eine Forderung von 7 Prozent.
- Die Vertrauensleute-Vollversammlung der ÖTV Kassel beschloß eine Er-

höhung der Löhne und Gehälter um 5,5 Prozent, mindestens DM 350, unbefristete Übernahme der Azubis, mindestens jedoch für 18 Monate, zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamte, Laufzeit von 12 Monaten, Angleichung Ost an West. Außerdem wurde beschlossen eine Kampagne für weitere Arbeitszeitverkürzung in Gang zu setzen, mit dem Ziel in der nächsten Tarifrunde Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Die KollegInnen des Klinikum Kassel forderten 500 DM Festgeld, 30-Stunden-Woche, 100 Prozent Weihnachtsgeld, Angleichung Ost, unbefristete Übernahme aller Azubis. Außer im Klinikum wurden in 11 weiteren Betrieben 100 Prozent Weihnachtsgeld gefordert. In 7 Betrieben mit 1.700 Mitgliedern wurde eine reine Festgeldforderung von 200 bis 500 DM gefordert. In 23 Betrieben mit 3.800 Mitgliedern wurde eine Mischforderung von 4,5 bis 7 Prozent und mindestens 200 bis 450 DM Festgeld gefordert. Alle forderten sichere Arbeitsplätze.

Die ÖTV-Delegiertenkonferenz in Stuttgart beschloß plus 5,5 Prozent, aber mindestens 250 bis 350 DM mehr Einkommen, 100 Prozent Weihnachtsgeld, 12 Monate Laufzeit, Angleichung Ost/West und massive Verteuerung von Überstunden.

■ Bei der Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV Aachen Ende November lag be-

reits ein Antrag mit der Forderung nach 500 DM Festgeld und 30-Stunden-Woche vor, der bei dieser Konferenz an den örtlichen Tarifausschuß überwiesen wurde. Seither gab es weder eine Vertrauensleutekonferenz noch eine Delegiertenversammlung. Es ist das erste Mal, daß die Aachener Aktivisten keine Chance bekamen eine Tarifforderung zu diskutieren und zu entscheiden. Offensichtlich sollte dadurch ein Beschluß verhindert werden, der dem Kreisvorstand nicht paßt.

Das Vorgehen der Gewerkschaftsführung bei der Aufstellung der Forderung und die von ihnen gemachte Zusage eines Niedrigabschlusses in der Bündnisvereinbarung mit Arbeitgebern und Bundesregierung zeigt, daß die Spitzenfunktionäre wie bereits in der Vergangenheit die Mitgliederinteressen übergehen. Deshalb muß Druck organisiert werden.

Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ schaltet sich aktiv in die Tarifrunde im öffentlichen Dienst ein. **Kontaktadresse: Angelika Teweit, Weiße Breite 50, 34130 Kassel, Tel. 0561/69646**

Die seit Frühjahr 1999 organisierte Gewerkschaftslinker hat für den 15. April in Frankfurt eine tarifpolitische Konferenz geplant. **Kontaktadresse: Heinz-Günter Lang, Tannenburgerstr. 17, 64660 Alsbach-Hähnlein, Tel. 06257/1468**

Ursel Beck, Köln



Bei 12 Uhr standen am 16. Februar alle Räder der Kölner Verkehrsbetriebe still. Es fuhr kein Bus und keine Straßenbahn. Die Belegschaft brachte mit einer halbtägigen Arbeitsniederlegung und einer Betriebsversammlung (Foto) ihre Wut und Ablehnung gegen die geplante Privatisierung der Buslinien, gegen Arbeitsplatzabbau und weitere Tarifabsenkungen zum Ausdruck. Nach langer Zeit wurde somit in der Millionenstadt wieder einmal deutlich, welche Macht die Gewerkschaften haben. Die Forderung der SAV nach einem gemeinsamen eintägigen Proteststreik aller von Privatisierung betroffenen Betriebe stößt bei der Bevölkerung und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf große Resonanz.

Flächentarifverträge verteidigen

Der Flächentarifvertrag ist eine der größten Errungenschaften der Gewerkschaften in Deutschland. Er verhindert Unternehmer-Willkür bei Löhnen und Arbeitsbedingungen. Deshalb wollen die Unternehmer ihn durchlöchern bzw. aus ihm aussteigen. Die Gewerkschaftsführung hat diesem Druck der Arbeitgeber schon weit nachgegeben. In die Flächentarifverträge selbst wurden längst Vereinbarungen aufgenommen, die betriebliche Abweichungen von der tariflich normierten Arbeitszeit ermöglichen. Mit Öffnungsklauseln, Entgeltkorridoren, Sondervereinbarungen oder sogenannten Härtefallregelungen wurden den Unternehmern Mittel zur Erpressung von Betriebsräten und Belegschaften in die Hände gegeben.

Der größte noch existierende Flächentarifvertrag ist der Bundesangestelltentarif (BAT) und der dazugehörigen Manteltarifvertrag (MTA). Bereits seit Jahren wird, mit zum Teil tatkräftiger Beteiligung von ÖTV-Funktionären, seine Aushöhlung betrieben. Die Landesregierungen fordern jetzt für die Beschäftigten der Studentenwerke den Ausstieg aus BAT und dem damit verbundenen Manteltarifvertrag für Arbeiter (MTArb). VORAN spricht dazu mit Manfred Engelhardt, Vorsitzender des Personalrats im Studentenwerk Aachen*:

VORAN: Warum soll der BAT nicht mehr für die Studentenwerke gelten?

Engelhardt: Da es den Länderregierungen in der Vergangenheit ob der Widerstände aus unseren Reihen nicht gelungen ist, die Studentenwerke zu privatisieren, versuchen sie dies nun über die Abschaffung von MTArb und BAT.

„Einheitliches Tarifrecht“ hört sich ja gut an. Was steckt dahinter?

Mit Speck fängt man Mäuse. Die Hinterfrauen und Hintermänner zu diesem „neuen“ Tarifvertrag wollen unter dem Deckmantel der Vereinheitlichung in Wirklichkeit Verschlech-

terungen für alle. Dabei bedienen sie sich der alten Gewerkschaftsforderung nach einem einheitlichen Dienstrecht für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Es sollen Leistungsprämien bezahlt werden. Heißt das, daß die Kollegen einen Konkurrenzkampf in punkto Leistung führen sollen?

Genau das ist der Punkt. Alles was jung, dynamisch und leistungsstark ist, soll gefördert werden. Alles was älter, langjährig beschäftigt und nicht mehr so leistungsstark ist, da kaputtgearbeitet, soll aussortiert werden.

Siehst Du die Möglichkeit einen offensiven Kampf zur Verteidigung des BAT zu führen?

Ja diese Möglichkeit sehe ich. Wir StudentenwerkerInnen in NRW sind kampferprobt. Wir haben genug mitmachen müssen und zig Aktionen gegen beabsichtigte Verschlechterungen durchgeführt, wie z.B. Demonstrationen, ULTRA-PROTESTLÄUFE mit Protestkundgebungen vor dem Regierungssitz in Düsseldorf und vor dem Landtag, Warnstreiks, Streiks, Sit-Ins und Mensabesetzungen!!!

Erfahrungsgemäß wird sich die ÖTV auf Verhandlungen einlassen. Bei den Flughäfen und den Stadtwerken wurde der BAT beispielsweise schon ausgehebelt. Bei den Nahverkehrsbetrieben wurde die sogenannte zweite Tarifebene eingeführt, sprich Neueingestellte werden viel schlechter bezahlt. Siehst Du eine Chance für die Studentenwerke einen ähnlichen Ausverkauf zu verhindern?

Bei den Studentenwerken - besonders hier in Aachen - sind wir die ÖTV! Da wird ohne uns, den Mitgliedern kein Ausverkauf zu tätigen sein. Anfang der 80er Jahre haben wir sogar gegen die ÖTV-Führung Aktionen gemacht. Wir kämpfen und notfalls prügeln wir die ÖTV-Führung hinter uns.

*Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person

Unser Programm

- 500 DM Festgeld für alle
- 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Lebensjahre ohne Rentenabschlag
- Übernahme der Westtarife im Osten
- Ein Jahr Laufzeit der Tarifverträge
- Rücknahme der Verschlechterung des Paragraphen 116 AFG
- Gewerkschaften raus aus dem sogenannten „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“
- Voller Einsatz der Kampfkraft bis hin zum bundesweiten Vollstreik
- Gemeinsamer Kampf von ÖTV und IGM und anderen Gewerkschaften
- Für gläserne Tarifverhandlungen. Demokratische Diskussion und Entscheidung über jeden wichtigen Schritt.

Busfahrer suspendiert

Gewerkschaft untätig

Seit Bestehen der Essener-Verkehrs AG (EVAG) gab es die Regelung, fahrdienstuntaugliche KollegInnen als Fahrkartenverkäufer oder Fahrausweisprüfer auf einem anderen Arbeitsplatz weiterzubeschäftigen. Dies war keine freiwillige Leistung des Arbeitgebers, denn die Beschäftigten waren durch Gesetze und Tarifverträge vor Kündigung geschützt und innerbetriebliche Umsetzungen waren durch Betriebsvereinbarungen mit dem Betriebsrat geregelt.

Die bisherigen Ersatzarbeitsplätze werden allerdings mehr und mehr durch Billigkräfte, Privatunternehmen oder durch Organisationsänderungen des ganzen Betriebes ersetzt und somit systematisch abgebaut.

Die neue Betriebspolitik der EVAG ist jetzt, wie in mehreren Fällen schon geschehen, fahrdienstuntaugliche MitarbeiterInnen ohne Bezüge von der Arbeit freizustellen. Die EVAG vertritt den Rechtsstandpunkt, daß die in der Leistung geminderten Bus- oder StraßenbahnfahrerInnen ihren Arbeitsvertrag nicht mehr erfüllen und von daher auch keinen Anspruch mehr auf Entlohnung haben. Die Arbeitsgerichte haben sich dieser Rechtsauffassung in zwei Fällen bereits angeschlossen. Gesetze, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, die zum Schutz der ArbeitnehmerInnen abgeschlossen wurden, werden so auf ganz legale Weise umgangen. Im Fahrdienst der Nahverkehrsbetriebe erlangen nur ca. 5 Prozent der Beschäftigten das Rentenalter im Beruf. 95 Prozent werden zeitlich begrenzt oder auf Dauer fahrdienstuntauglich. Die betroffenen KollegInnen werden direkt vom Betrieb an das Sozialamt durchgereicht. Das Arbeitsamt erklärt sich für nicht zuständig, weil die betroffenen MitarbeiterInnen aufgrund fehlender Kündigung dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Damit ist der Teufelskreis geschlossen und den Betroffenen bleibt nichts anderes übrig, als selbst zu kündigen.

Dies dürfen wir uns nicht gefallen lassen!

Der Betriebsrat der EVAG blieb trotz mehrfacher Beschwerden untätig. Letzte Aussage des BR-Vorsitzenden: „In ein schwebendes Arbeitsgerichtsverfahren greifen wir nicht ein!“ Die ÖTV blieb zunächst auch untätig. Erst auf entschiedenes Drängen, bequeme sich die Kreisverwaltung ein Flugblatt zu schreiben. Dazu bleibt anzumerken, daß die ursprüngliche Version des Flugblattes wesentlich energischer war. Der zuständige

Gewerkschaftssekretär, Jochen Alius, entschied sich aber nach Rücksprache mit dem Arbeitsdirektor der EVAG dazu, das Flugblatt zu entschärfen, oder wie er selbst sagte: „Es zu versachlichen!“ An dem Verhalten des Gewerkschaftssekretärs läßt sich leicht erkennen, wem er sich verantwortlich fühlt und wer das Sagen hat. Hierzu muß noch angemerkt werden, daß der Arbeitsdirektor der EVAG, Wolfgang Meyer, zuvor Kreisgeschäftsführer der ÖTV Essen war.

Obwohl von dem Forderungskatalog auf der Rückseite des Flugblattes nicht eine Forderung erfüllt wurde, blieb die ÖTV untätig. Beschwerden der Betroffenen Mitarbeiter an den ÖTV-Betriebsrat und Hauptvorstand, über die Untätigkeit der Kreisverwaltung Essen, blieben erfolglos.

Die Untätigkeit des gesamten ÖTV-Apparats, trotz der Brisanz der Thematik zeigt mal wieder, wie überlebensnotwendig eine Opposition in der ÖTV für ArbeitnehmerInnen ist!

Es wird endlich Zeit, daß die Gewerkschaften sich wieder auf ihre ursprünglichen Ziele besinnen und zum Wohle der Beschäftigten arbeiten, anstatt sich durch Wohlverhalten gegenüber den Arbeitgebern für Posten in Vorständen oder als Arbeitsdirektor zu empfehlen.

Alois Skrbina, Essen

Busfahrer a.D. bei der Essener-Verkehrs AG (Angabe der Funktion dient nur zur Kenntlichmachung der Person)

Brillante Karrieren einiger ÖTV-Verantwortlichen aus dem Kreis Essen:

Wolfgang Meyer, Arbeitsdirektor EVAG - zuvor ÖTV-Kreisgeschäftsführer; Dessen Nachfolger, Norbert Freeze, keine 6 Monate im Amt - Arbeitsdirektor Kommunalverband Ruhrgebiet; Ulli Hansch, Personalführer Messe Essen - zuvor ÖTV-Gewerkschaftssekretär in der Kreisverwaltung Essen.

Und das Verhalten der jetzigen ÖTV-Kreisverwaltung zeigt, daß sich diese Liste demnachst wohl fortsetzen läßt!

Sollte dies erschreckende Beispiel der Essener-Verkehrs AG in anderen Nahverkehrsunternehmen Schule machen, hätte dies Auswirkungen auf tausende von Arbeitsplätzen, vor allen Dingen für ältere und für in der Leistung geminderten KollegInnen.



Jugend auf die Barrikaden!

Bremer Aktionsbündnis gegen Kürzungen im Jugendbereich

und Auftrittsmöglichkeiten für Musiker, Filmclubs, Ausflüge und Fotoworkshops. Hinzu kommen Beratungsangebote zu verschiedenen Problemen. Was sollen wir machen, wenn das alles wegfällt?

Kultur für Reiche

Gekürzt wird immer mit dem Argument der leeren Kassen. Das ist eine blanke Lüge. Während Freizeits, die im Jahr ca. 350 000 DM kosten, geschlossen werden sollen, gibt die Stadt Bremen zum Beispiel für den Ausbau der Pferderennbahn 22 Millionen DM aus. Weitere 250 Millionen (!) stehen für den sogenannten "Spacepark" (ein Einkaufszentrum mit Weltraumshow-Einlage) zur Verfügung. 42,5 Millionen DM gibt die Stadt für die Verschönerung des Rhododendronparks, einer aufgemotzten Grünanlage am Rande des Bonzenviertels Obereuland, aus. Diese Prestigeobjekte sind jedoch Angebote für Leute mit der entsprechenden Geldbörse. Oder wann wart Ihr das letzte Mal bei einem Pferderennen?

Geld ist genug da - nur in den falschen Händen!

Die Betreiber und Investoren von Prestigeobjekten werden mit Steuererleichterungen und Subventionen beschenkt. Der Staat hat eben kein Interesse an Jugendlichen, die ihm kein Geld einbringen. Die Politiker haben sogar die Dreistigkeit dies offen zuzugeben, indem sie von "konsumtiven" und "investiven" Projekten sprechen.

Kampagne „NIX DA!“ gegründet

Außer der Sozialistischen Alternative (SAV) nehmen der Bremer Jugendring, SJD - die Fal-

ken, solid, Naturfreundejugend, BDP, Aucoop, Freizi, Friesenstrasse sowie MitarbeiterInnen und NutzerInnen verschiedener Bremer Jugendeinrichtungen an der Kampagne teil. Geplant sind neben Flugblättern und Plakaten auch Veranstaltungen und Aktionen. So soll z.B. ein "Jugendzentrum im Freien" aufgebaut werden. Außerdem wollen wir die Bevölkerung auffordern mitzuhelfen und in ihren Fenstern Plakate aufzuhängen. Wir wollen Jugendliche an Schulen und in Jugendeinrichtungen mobilisieren um für ihre Interessen zu kämpfen.

Sozialistische Perspektive

Kampagnen gegen die Kürzungspolitik werden immer wichtiger. Durch diese Kampagnen erzielte Erfolge (Reformen) sind jedoch im Kapitalismus immer wieder bedroht. Daher ist es wichtig, den Kampf für Verbesserungen innerhalb dieses Systems mit dem Kampf für eine grundlegend andere Gesellschaft zu verbinden. Wie lange wollen wir noch nur "Betroffene" sein, statt unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen?!

Unsere Forderungen:

- ☐ Keine Kürzungen im Jugend- Kultur & Sozialbereich
- ☐ Sofortige Aufstockung der Mittel im Jugendbereich statt "Verschönerung" der Stadt
- ☐ Für einen gemeinsamen Kampf aller Jugendlichen und von Kürzungen Betroffene
- ☐ Gegen die Umverteilung von Unten nach Oben



BAföG-Reform?

Nachdem Rot-Grün 1998 im Wahlkampf große Töne über eine grundlegende Reformierung des Berufsausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) gespuckt hatten, ist, anderthalb Jahre später, immer noch nichts passiert. Auch das in der Studierendenbewegung gemachte Versprechen, die Erhebung von Studiengebühren bundesweit auszuschließen, ist bisher ein leeres Wahlversprechen geblieben.

Dafür hat Bildungsministerin Buhlmann hat nach langer und mühsamer Arbeit einen Plan erarbeitet: Kindergeld und Kinderfreibeträge der Eltern sollen zu einer monatlichen Grundförderung für alle Studierende in einer Höhe von 400,- DM zusammengefasst werden, eine zusätzliche Förderung für bedürftige Studierende kann beantragt werden. Da fragt man sich, ob das wirklich eine Erhöhung ist, wenn das Kindergeld alleine schon 250,- DM beträgt? Aber es wäre ein Schritt in die richtige Richtung, da elternunabhängig. Wenn die Studienförderung annähernd den Lebensunterhalt decken würde, könnten Jugendliche selbst darüber entscheiden, ob sie studieren und was sie studieren wollen.

Was aber macht unser Bundeskanzler Herr Schröder? Er sagt nein. Statt dessen sollen wie bisher alle paar Jahre der Elternfreibetrag und der Förderungshöchstsatz erhöht werden. Allerdings um einen Betrag, der noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleicht. Der BAföG-Etat soll um 500 Millionen DM erhöht werden, für eine grundsätzliche Verbesserung der Lage der Studierenden reicht das aber nicht. Allein in der Amtszeit von CDU-Bildungsminister Rüttgers sind die Ausgaben um 800 Millionen DM auf 1,6 Milliarden DM gesenkt worden. Die jetzt angekündigte "Aufstockung" würde dem Stand von 1996 entsprechen.

Ob man studieren kann oder nicht, hängt immer noch vom Geldbeutel ab. 1997 studierten nur 15% aus Familien mit einem Einkommen unter 3000,- DM, aber 50% aus Familien mit einem Einkommen über 5500,- DM. Unsere Forderungen müssen jeder und jedem einen Studienzugang ermöglichen. Die Gelder müssen massiv aufgestockt werden. Eine vermehrte Ausstattung der Unis und die Erhöhung der Dozententätigkeit muß gewährleistet sein, genauso wie eine elternunabhängige Grund-sicherung von 1600,- DM für jeden ab 16 Jahren.

"NIX DA!" ist der Name von einem neuen Aktionsbündnis in Bremen. Viele Jugendliche haben die Schnauze voll von der jugendfeindlichen Politik der großen Koalition im Bremer Senat.

Moritz & Simon, SAV Bremen

Im Juni 2000 wird die Bremer Bürgerschaft beschließen, wofür sie im nächsten Jahr Geld ausgeben und vor allem, wo sie sparen wird. Im Jugend-, Kultur-, Frauen- und Sozialbereich sollen 25% des Etats innerhalb der nächsten fünf Jahre eingespart werden. Das heißt zum Beispiel: Durch den Verlust von rund 5 Millionen DM würden nur 7 der 19 noch existierenden Jugendzentren überleben. Das können wir nicht hinnehmen!

Die Jugendzentren sind wichtiger Bestandteil der Jugendkultur in Bremen. Neben der Funktion als soziale Treffpunkte bieten sie Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, wie Probe-, Aufnahme-



Leserbrief

Für selbstverwaltete Jugendeinrichtungen

Der Artikel zum Thema Jugendgewalt in der Voran Nr. 212 hat mir sehr gut gefallen. Es ist eine Frechheit wie die etablierten Politiker versuchen, den Jugendlichen die Schuld für die Ursachen ihrer Gewalt zuzuschreiben.

Die Forderungen, die am Ende des Artikels aufgestellt wurden, spielen aber, so wie sie gestellt sind, teilweise den verantwortlichen Politikern in die Hände.

Was heißt denn ausreichend kostenlose Freizeitangebote und die generelle Einrichtung von Jugendhäusern? Mit den mehr oder weniger ausgeklügelten Zahlenjonglierereien sagen doch die Politiker, daß genug da ist. Diese Forderungen sagen auch nichts über die Art der Einrichtungen aus. In Berlin zum Beispiel sind mir zwei Jugendnotdienste bekannt. Meiner Meinung nach bei weitem nicht genug. Doch auch dorthin würde ich einen hilfesuchenden Jugendlichen

nur ungen schicken.

Durch die Mangelverwaltung werden Probleme oft nur verschlimmert. SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen sind gestrebt und nach Jahren oft unmotiviert, jede Kleinigkeit wie Essensgeld oder Kleidung muß beantragt werden, die Zimmer werden zu dritt bewohnt. Auch bei einem späteren Heimplatz besteht kein Recht auf einen eigenen privaten Raum.

Deshalb bin ich der Meinung, sollten die Forderungen konkreter sein und aus Statistiken und Umfragen der Einrichtungen und Hilfsvereinen ermittelt werden. Weiterhin ist es ein Muß, daß sämtliche Einrichtungen von ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und Jugendlichen selbstverwaltet sind und nach eigenem Bedarf Personaleinstellungen vornehmen und finanzielle Mittel bekommen.

Alexandra Arnsburg

schaft letztlich Kapitalinteressen untergeordnet ist, ist es sinnlos, über das Maß der Gesundheitsförderung durch Drogen zu streiten. Dieses Argument hilft nicht weiter.

Die kontrollierte Ausgabe von weichen Drogen (also allen Mitteln die rein pflanzlich sind und nicht sofort in die Abhängigkeit treiben) in Apotheken würde die ganze Sache entkriminalisieren.

Es ist Quatsch, pflanzliche Medikamente oder Drogen als weniger gefährlich darzustellen. Atropin aus der Tollkirsche, Digitalis aus Fingerhut oder Colchicin aus der Herbstzeitlosen sind hochwirksame Medikamente, deren falsche Dosierung einen locker umbringen kann. Doch seltsam finde ich das Vertrauen in Apotheker. Auch sie wollen wie viele Arztpraxen Gewinn machen. Auch bleibt offen wer denn die Drogen herstellt, oder ob man vor hat sie auf dem Drogenmarkt zu kaufen.

Wir dürfen kein Vertrauen in Unternehmer haben, egal in welche. Die Kontrolle der Drogenabgabe muß durch die Arbeiterklasse selbst erfolgen, zum Beispiel in Form von demokratisch kontrollierten Gemeindezentren, natürlich mit entsprechender fachlicher Beratung. Alle Suchtmittel müssen von der Erzeugung bis hin zum Konsum der Kontrolle der

Windows 95, Windows 98 und Windows 2000 - gibt es jedesmal nur im Zwangspaket mit Internet Explorer zum überhöhten Preis.

Wie Bill Gates einen Big Mac kaufte

BILL GATES: "Ich hätte gerne einen Big Mac!"

KASSIERER: "Ein Big Mac, eine Cola. Macht 6,99."

GATES: "Ich habe nur einen Big Mac bestellt!"

KASSIERER: "Die Cola gehört dazu, ist Teil eines Gesamtpaketes."

GATES: "Wie bitte? Die Cola zahle ich nicht!"

KASSIERER: "Brauchen Sie auch nicht. Die Cola ist gratis."

GATES: "Aber kostete der Big Mac alleine bisher nicht 3,99?"

KASSIERER: "Stimmt, aber der Big Mac hat jetzt neue Leistungsmerkmale. Er hat eine Cola im Lieferumfang!"

GATES: "Ich habe eben erst eine Cola getrunken. Ich mag jetzt keine Cola!"

KASSIERER: "Dann gibt's auch keinen Big Mac."

GATES: "Na gut, ich zahle 3,99 und verzichte auf die Cola."

KASSIERER: "Man kann die Teile des Gesamtpaketes nicht trennen. Big Mac und Cola sind nahtlos integriert."

GATES: "Quatsch. Big Mac und Cola sind zweierlei!"

KASSIERER: "Passen Sie mal auf (er tunkt den Big Mac in einen Becher Cola).

GATES: "Was soll denn das?"

KASSIERER: "Das ist im Interesse des Kunden, so können wir für einen einheitlichen Geschmack in allen Komponenten garantieren ..."

(...aus dem www gefischt)

Debatte

Legalisieren oder nicht?

Schreibt uns Eure Meinung!
e-mail: savbund@aol.com

Doreen spricht in ihrem Leserbrief (VORAN 212) den Kernpunkt der ganzen Drogendebatte an: Der Zugriff auf Suchtmittel ist eine politische Frage in unserer Gesellschaft. Ein Teil der existierenden Suchtmittel ist verboten, ein Teil ist es nicht. Doch die Argumentation die sie für die Legalisierung von verbotenen Drogen führt, ist an vielen Stellen meiner Meinung nach nicht korrekt. Ich will auf einige Punkte eingehen:

„Es ist längst bekannt, daß der maßvolle, verantwortungsbewußte Umgang mit weichen Drogen wie Haschisch gesünder ist, als das tägliche Bierchen.“

Ob das richtig ist, darüber streiten sich die Gelehrten, manche behaupten, ein Glas Rotwein pro Tag sei unbedingt erforderlich, um sich vor Herzkrankheiten zu schützen, andere haben wieder festgelegt, das im Bier Substanzen sind, die vor Krebs schützen. Da alle Wissen-

Arbeiterklasse unterliegen, jede Form von Einmischung von Unternehmern schadet.

Die Verherrlichung der Niederlande ist meiner Meinung nach unangebracht.

Dort wird die Frage der Legalisierung erstens wieder eingeschränkt und Coffee Shops müssen schließen. Zweitens zeigen die Niederlande wie die Herrschenden selbst solch "fortschrittlichen" Gesetze zur Spaltung nutzen: Sie gelten nur für niederländische Staatsbürger. In Städten wie Amsterdam wird regelrecht Jagd auf nicht - niederländische Drogenkonsumenten gemacht. Das kann für uns auch kein Vorbild sein.

Die bisherige Unterscheidung von „weichen“ und „harten“ Drogen halte ich bei der Frage der Legalisierung für falsch. Da sollen erstmal Alkohol, Nikotin, Psychopharmaka, Spielbällen da eingerechnet werden. Es wird einem schwer fallen. Süchtige sind krank. Als Sozialist lehne ich Bestrafung von Kranken ab. Die Bürgerlichen lieben es, darum jagen sie Haschischkonsumenten oder bitten chronisch Kranke über die Gesundheitsreform zur Kasse.

Krankheit und Drogen in Deutschland:

☉ 8 Millionen Menschen leiden an stressbedingten Krankheiten ⁽¹⁾

☉ 6,4 Millionen Menschen nehmen täglich Psychopharmaka ⁽¹⁾

☉ 4,4 Millionen Menschen sind alkoholabhängig oder haben einen mißbräuchlichen Konsum ⁽²⁾

☉ Ein Bundesbürger (es sind abgezogen: 10% Abstinenzler, Kinder bis 12 Jahre und Kranke) trinkt im Durchschnitt pro Jahr: 143 Liter Bier, 2 Liter Wein, 5 Liter Schaumwein und 8 Liter Spirituosen. Das sind umgerechnet zirka 5 Flaschen Bier pro Tag ⁽³⁾

☉ Staatseinnahmen an Tabak- und Alkoholsteuern: 30 Milliarden DM (Die Deutsche Hauptstelle gegen Suchtgefahren, DHS)

☉ Steuerliche Staatseinnahmen über Spielsucht: 7,1 Milliarden DM jährlich (DHS)

(1) Prof. D. Hellhammer, Uni Trier, Februar 1999, (2) "Jahrbuch Sucht 1999", Deutsche Hauptstelle gegen Suchtgefahren, (3) "Mensch, Körper, Krankheit", Jungbluth Verlag, 1996

Es sollte uns nicht egal sein, ob Leute Suchtmittel konsumieren oder nicht. Drogen und Tätigkeitsstiche, zum Beispiel Spielsucht, werden von Herrschenden gefördert, um die Kontrolle über die Arbeiterklasse zu vereinfachen. Ist klar, wer sich täglich den Kopf mit Alkohol voll haut, der wird nicht gegen die herrschenden Verhältnisse kämpfen. Darum treten wir als Sozialisten für eine freiwillige Beschränkung von Drogenkonsum ein (zum Beispiel: Kein Alkohol auf Demos, Parteiversammlungen, und anderen Aktionen).

Alle Verbote von Drogen sind nutzlos. Während der Prohibition, die Zeit des Alkoholverbots in den USA in den 20er Jahren, stieg der Alkoholkonsum enorm. Ich bin gegen ein jedes Verbot von Sucht, egal welcher, denn die Probleme werden so nicht gelöst, sondern verschärft. Wer letztendlich die Sucht aus unserer Gesellschaft verbannen will, muß die Nutznießer der Sucht erstmal abschaffen. Und das sind und bleiben die Herrschenden im Land.

Holger Dröge, Aachen



Frauen kämpfen international!

Mythos Schönheit - Der alltägliche Horror!

„Schlank und straff in vierzehn Tagen - Die Figur-Sensation“. „Das große Frauenproblem - Wenn Gefühle zur Waffe werden“. „Der Kochkurs zum Herausnehmen und sammeln“ und „Beruf: Jobs in der Modebranche“. Mit der perfekten Frauenzeitschrift zur perfekten Frau!

Daniela Heipel, Berlin

Eigentlich ist es gar nicht so schwer. Schon die Investition von vier bis sechs DM pro Woche in eine Frauenzeitschrift gibt uns klare Anweisungen dazu, wie wir zum perfekten, attraktiven, fröhlichen, nirgendwo aneckenden Superweib werden können.

So einfach wie eine Gebrauchsanweisung für die Benutzung eines Videorecorders. Männer haben es da schon schwerer. Sie müssen wählen zwischen Sport-, Auto- oder Computerzeitschriften, bzw. einschlägigen Magazinen in denen sie dann überprüfen können, ob ihre Partnerin alle oben erwähnten Tipps befolgt hat.

Hauptsache schön! Die Macht der Medien

Da setze ich mich doch lieber mit dem Problem auseinander, wie ich verhindern kann, daß meine getuschelten Wimpern zusammenleben oder ob zu häufiges polieren meinen Fingernägeln schadet. Viel, viel einfacher, als mich mit Skateboard Tricks, den neuesten Musikrends oder komplizierten Internet-Downloads herumzuschlagen. Warum aktiv mitgestalten, wenn es ausreicht, hübsch auszusehen und man zudem von Film und Werbung tatkräftig unterstützt wird? Geht man morgens zur Tür raus, kann man sich beim warten auf die Straßenbahn mit spärlich bekleideten H&M-Modells abgleichen und die Tage slaune dann davon abhängig machen, inwieweit Wirklichkeit und Ziel voneinander abweichen. Andere Fähigkeiten werden soweit zur Nebensache, wie sie bei der Beurteilung von außen eine Rolle, bzw. keine Rolle spielen.

Frauenzeitschriften, Film, Fernsehen und Werbung sind zu den perfektionierten Massenprodukten geworden, die tagtäglich Schönheitseidbilder produzieren. Sie gehören zu den wichtigsten Hebeln, über die das herrschende Rollenbild der Frau verbreitet wird. Es wird gezeigt, was man anziehen soll, was man essen und kochen soll, wie es in unserer Gefühlswelt auszusehen hat und was im Bett gut ankommt. Weibliche Selbstverwirklichung wird so auf Fitnebstudios, Klamottenkauf und die neuesten Make-up Tricks beschränkt.

Jugendkultur als Männerdomäne

Übertrieben mögen die einen denken, trifft auf mich sooo nicht zu die anderen. Gesamtgesellschaftlich gesehen kann man jedoch nicht leugnen, daß es wirkt. Im Techno und HipHop, den zur Zeit an der Schwelle zur absoluten Vermarktung stehenden dominierenden Jugendkulturen, spielen Frauen in der Regel nur eine schmückende Rolle. Erfolgreiche weibliche DJ's, Graffiti-Künstlerinnen oder Breakerinnen kann man an einer Hand abzählen, mal abgesehen von den wenigen, die in der Mädchengruppe des Jugendzentrums hinter verschlossenen Türen ein bilchen selber rumprobieren.

Schönheitswahn macht krank

Wobei das noch nicht mal so schlimm ist. Ist zwar schade, tut aber nicht weh. Schmerzhaft sind die körperlichen, psychischen und auch finanziellen Konsequenzen, die der Schönheitswahn für viele Frauen bedeutet. Die Hälfte aller Frauen im Westen glaubt, zu dick zu sein und Millionen Frauen leiden unter Eßstörungen. Ein Großteil des finanziellen Budgets geht für Kosmetik und Klamotten drauf und die ständige Auseinandersetzung mit Aussehen und Gewicht läßt bei einigen Frauen nicht viel Platz für andere Gedanken.

Viele Frauen werden psychisch und physisch krank durch den Zwang zur Schönheit Und für viele ist der Alltag in der Schule oder am Arbeitsplatz wegen Hänseleien, Verachtung, die einem entgegen schlägt, weil man dem gängigen Bild der Frau nicht entspricht ein täglicher Höllenrip!

Am Beginn des 20. Jahrhundert forderten immer mehr Frauen, in der Gesellschaft als gleichberechtigt behandelt zu werden. In fast jedem Land haben sie das Wahlrecht erkämpft. In vielen haben sie – zumindest auf dem Papier – das Recht auf gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit wie die Männer erreicht. In der Realität sind sie den Männern jedoch bei weitem nicht gleichgestellt.

Wir drucken an dieser Stelle eine gekürzte Fassung der Stellungnahme des KAI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) zum internationalen Frauentag.



Protest gegen eine Schulschließung in London: Beim Widerstand gegen Sozialkürzungen sind Frauen oft in der ersten Reihe zu finden.

Internationale Frauenveranstaltung SCHÖNHEITS- WAHNSINN

mit
Nirmala aus Indien
über den Kampf der indischen Frauen
gegen das amerikanische Schönheitsbild

Elin Gauffin aus Schweden
Sprecherin von „elevkampagnen“ über
erfolgreiche Gegenwehr gegen Pornografie
und Sexismus an Schulen

Claire Doyle,
Sprecherin des KAI (Komitee für eine
Arbeiterinternationale)

Freitag, 23. März, 19 Uhr, in Köln
Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3

Noch immer sind Frauen die Opfer der wirtschaftlichen Entwicklungen im Kapitalismus. Sie werden bei Krisen als erste aus dem Arbeitsmarkt hinausgedrängt, soziale Einrichtungen, die für Frauen eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, werden kaputt gespart. Arbeitende Frauen in der ganzen Welt haben das Recht und den Wunsch, vom neuen Jahrhundert ein besseres Leben zu erwarten.

Früher oder später werden sich neue Revolten entwickeln, ähnlich wie die Generalstreiks in Südkorea oder Frankreich, in der Mitte der 90er Jahre oder wie kürzlich in Peru, Kolumbien, Zimbabwe und Ecuador. Sie können auch die Form von revolutionären Aufständen wie in Indonesien 1998 annehmen. Eben weil Frauen am stärksten von den wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen betroffen sind, werden sie ihren Platz in diesen Kämpfen einnehmen.

In den vergangenen Jahren haben sich gerade Frauen in Europa in Kampagnen gegen Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen beteiligt, gegen sexistische Belästigung und Gewalt, gegen Rassismus, gegen Einschränkungen des Rechtes auf Abtreibung sowie gegen Krieg und Rassismus.

In vielen Ländern waren Frauen die Entschlossensten im Streik oder organisierten Unterstü-

tzungskomitees für den Widerstand gegen Entlassungen und Betriebsschließungen.

In grossen Teilen der Welt hat sich Unzufriedenheit, Wut und Feindschaft gegen den globalen Kapitalismus entwickelt. Das hat sich auf den Strassen Seattles im letzten November gezeigt, als Massenproteste von GewerkschafterInnen, UmweltschützerInnen und vielen andern Unzufriedenen zusammenkamen. Die Demonstrationen mit 50.000 Menschen erschütterten die Zuversicht der Weltmächte und der multinationalen Konzerne. Das Treffen der mächtigen Welthandelsorganisationen (WTO) wurde darauf aufmerksam gemacht: Der Kapitalismus ist globalisiert, die Bewegung dagegen ist es auch!

Zur Zeit beschränkt sich die Opposition noch darauf, die schlimmsten Auswirkungen der Globalisierung und des Kapitalismus zu bekämpfen.

Es ist die Aufgabe von SozialistInnen, in solche Bewegungen einzugreifen und energisch gegen ein System zu argumentieren, in dem die Produktion nur dem Reichtum weniger dient. Unsere Aufgabe ist es, auf die sozialistische Alternative zu verweisen, ein System der Produktion mit demokratischer Planung und Kontrolle, um die grundlegenden Bedürfnisse aller Frauen, Männer und Kinder auf dem Planeten zu befriedigen.

Gewalt gegen Frauen

Frauen in allen Ländern und Frauen aller sozialen Schichten können von Gewalt in der Familie/Beziehung betroffen sein. Dies ist ein grauenhafter Ausdruck dafür, wie sehr gesellschaftliche Moralvorstellungen dazu verwendet werden, um den Status Quo in dieser Gesellschaft aufrecht zu erhalten. Ideologien und Religionen, die die Vormachtstellung des Mannes in der Familie betonen, sind ein Werkzeug für die Herrschenden, um Disziplin und Autoritätshörigkeit in ihrem Sinne zu erhalten. Dennoch hat eine reiche Frau bei weitem mehr Möglichkeiten, einem gewalttätigen Partner zu entkommen, als eine wirtschaftlich abhängige Frau. Die Bereitstellung von Luftzutritten und allgemein von erschwinglichem und adäquatem Wohnraum, sind für Frauen (und Kinder), die Gewalt erleben, eine absolute Notwendigkeit. Es stellt sich die Frage, wo man in einer Gesellschaft, die auf maximalem Profit ausgerichtet ist, das Geld findet, um solche Projekte ausreichend zu finanzieren?

Stolz im Kampf

Die Mitglieder des Komitees für eine Arbeiterinternationale glauben, daß die Beseitigung von Pri-

Geschichte des internationalen Frauentags

Frauen werden in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur als Mitglied der Arbeiterinnenklasse sondern auch auf Grund ihres Geschlechts benachteiligt. Sie verdienen immer noch ca. 30% weniger als Männer, sie sind juristisch benachteiligt, in Deutschland zum Beispiel mit dem § 218, der ihnen das Selbstbestimmungsrecht über ihren Körper entzieht. Alle drei Minuten wird in der BRD eine Frau vergewaltigt. Doch Frauen sind keine wehrlosen schwachen Wesen, die sich dies alles gefallen lassen. In der ganzen Welt nutzen Frauen seit Jahrzehnten den 8. März als internationalen Frauentag, um gegen Unterdrückung und für ihre Rechte zu demonstrieren.

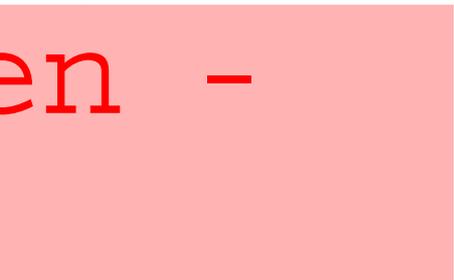
Bereits am 8. März 1857 gingen in New York Arbeiterinnen auf die Straße. Drei Jahre später fand in Lynn (USA) ein Streik und eine Frauen-demo von Näherinnen und Fabrikarbeiterinnen statt. Am 8. März 1908 verloren in einer Fabrik in New York bei einem „plötzlich ausgebrochen“ Großfeuer 100 streikende Arbeiterinnen ihr Leben. Ein Jahr danach organisierten Frauen in den USA einen gemeinsamen Kampftag für das Frauenwahlrecht und die Idee des Sozialismus. Auf der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1909 wurde dann diese Initiative aufgegriffen und einstimmig ein internationaler Frauentag beschlossen.

Am 19. März 1911 fand der internationale Frauentag zum ersten mal in Deutschland statt. Dieser Tag war ein riesiger Erfolg. Allein im Vorfeld waren 3 Millionen Flugblätter verteilt worden. In Hamburg fanden 19 Versammlungen statt und in Berlin nahmen 45.000 Frauen an 42 Veranstaltungen teil, denen sich oftmals Demonstrationen anschlossen. Damals ging es den

Frauen vor allem um das Frauenwahlrecht und den 8-Stunden-Arbeitstag. Daneben stand in den darauffolgenden Jahren zunehmend der Kampf gegen den drohenden 1. Weltkrieg im Vordergrund. Während des Krieges konnten auf Grund der staatlichen Repression kaum Aktivitäten zum Frauentag stattfinden. Mit der Novemberrevolution 1918, als der Kaiser abdankte und Karl Liebknecht in Berlin die Sozialistische Republik ausrief, wurde auch zum ersten mal das Frauenwahlrecht eingeführt, ein Recht, für das die sozialistische ArbeiterInnenbewegung aber auch die bürgerliche Frauenbewegung jahrzehntlang gekämpft hat.

Russische Revolution

Am 8. März 1917 traten in Petrograd in Rußland die Textilarbeiterinnen in den Streik. Dieser Aufstand war der Beginn der Februarevolution, durch die der Zar gestürzt wurde und die letztendlich zur Revolution im Oktober 1917 und der Errichtung des ersten Arbeiterstaates führte. Zum ersten Mal gab es einen Staat, in dem Frauen demokratische Rechte, wie das Wahlrecht und das Recht auf Abtreibung hatten und den Männern politisch und juristisch gleichgestellt wurden. Die Bolschewiki ergriffen aber auch eine Reihe von Maßnahmen, die die Arbeiterinnen von der Dreifachbelastung durch Arbeit, Haushalt und Kinderbetreuung befreiten und ihnen somit die gleiche Möglichkeit zur Teilnahme an der gesellschaftlichen Umgestaltung ermöglichten sollten, wie den Männern. So wurden Kindergärten, aber auch öffentliche Wäschereien und Kantinen eingerichtet. Mit der Stalinisierung in der Sowjetunion aber wurde nicht nur jede Arbeiterdemokratie unterdrückt, sondern auch die Errungenschaften, die eine Grundlage für eine wirkliche Emanzipation gewesen wären zu-



vateigentum an Produktionsmitteln und Profitorientierung enorme Mittel für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung freimachen würde. Wir haben zahlreiche Kampagnen und Kämpfe zu Themen, die Frauen betreffen, initiiert und mitgetragen. In Britannien haben wir zwei Jahre lang neben und mit den „Women of the Waterfront“, einer Unterstützungsgruppe der Liverpooler Hafentarbeiter und den „Hillingdon-Hospital-Streikgruppen“ gekämpft. In Indien haben wir mit den unterdrückten TextilarbeiterInnen gearbeitet, die um ihre Rechte als ArbeiterInnen und als menschliche Wesen kämpften. Auch den Streit um den Zugang zu Bildung haben wir an der Seite von jungen Frauen, die in zahlreichen Ländern an vorderster Front beteiligt waren, unterstützt.

Im Laufe der Jahre hat die Teilnahme von Frauen in Kämpfen große Änderungen in den vorherrschenden Ansichten durchgesetzt. In manchen Bereichen haben sie echte Reformen, die ihnen ein wenig Kontrolle über einige Aspekte ihres Lebens gegeben haben, erreicht. Im November 1995 gingen in Paris 50.000 Frauen auf die Straße. Oft waren Frauen die treibende Kraft in kommunalen Kampagnen - gegen zusätzliche Steuern und Abgaben, gegen Drogen und Rassismus, gegen die Schließung von Krankenhäusern, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen. Viele Frauen haben ihren Platz im Kampf für Sozialismus eingenommen und gezeigt, daß sie zu großen Opfern bereit sind, um Gerechtigkeit zu erlangen. Die Frauen in der „Sans-Papiers“-Bewegung (illegale Immigrantinnen) in Frankreich haben bewiesen, daß es, wenn die Situation es erfordert, möglich ist, einen Kampf auch mit einem Baby auf dem Rücken zu führen!

Immer in der Geschichte waren Frauen, mit oder ohne Kinder, heldenhafte Mitstreiterinnen in Aufständen und revolutionären oder Guerilla-Bewegungen. Brennender Haß auf die Großgrundbesitzer, Konzernbosse oder die korrupten, selbstsüchtigen Politiker, die ihre Leben ruinieren, hat Frauen dazu angetrieben. Die Aussicht auf echte Emanzipation sowie auf Befreiung für ihre Familien und die ganze Arbeiterklasse ist ihr Leitgedanke.

Sie nehmen an diesen Bewegungen aufgrund des Bewußtseins teil, daß sie nichts zu verlieren haben, aber eine ganze Menge zu gewinnen. Sie haben die unvergängliche Erfahrung gemacht, daß sie - nachdem sie den anfänglichen Widerstand gebrochen hatten - mit Respekt als Gleichrangige behandelt wurden, die gemeinsam für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, Klassenherrschaft und männlicher



Schülerinnen führten die Demos und Streiks im Frankreich 98 an. Eine Schüleraktivistin: „Wir wollen eine Revolution auf Mädchenart“

Dominanz kämpfen. Wo diese Bewegungen zurückgeschlagen wurden, wurden und werden kämpfende Frauen meist herb enttäuscht. Selbst dort, wo kleine Erfolge erzielt werden konnten, reichen diese wegen den verkleinerten Spielräumen unter jetzigen ökonomischen Bedingungen nicht aus, um wirkliche Fortschritte zu erreichen. Nach dem Kampf kehren die alten Anschauungen wieder, Frauen werden in ihre alten Rollen zurückgedrängt. Aber Erinnerungen und Erwartungen bleiben.

Für eine sozialistische Zukunft

All das bedeutet, daß es wichtig ist, Kampagnen auch gegen jede reaktionäre Propaganda und gegen jede Form von Fanatismus - religiösen, politischen und „philosophischen“ - zu führen. Denn ein Erstarken dieser Strömungen würde eine Verstärkung der Zwänge bedeuten, die den Frauen im Kapitalismus auferlegt sind. Das KAI kämpft weltweit für eine sozialistisch organisierte Gesellschaft, die es als einzige möglich macht, genug Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um alle Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Jede Form von Geschäftemacherei mit neuen Technologien muß verhindert werden. Der medizinische Fortschritt muß für alle, nicht nur für eine kleine Oberschicht genutzt werden! Das KAI wird sich bemühen mit seinen Sektionen, Gruppen und Mitgliedern in rund 40 Ländern, Solidarität mit den Kämpfern der Frauenbewegungen zu organisieren und zu koordinieren verstärken. Im Zuge dieser Arbeit erklären wir,

daß nicht der Kampf der Frauen für gleiche Rechte Schuld an Problemen von Männern ist, sondern das kapitalistische System. Dieses System versagt nicht nur darin, die einfachsten Grundbedürfnisse der ArbeiterInnen beiderlei Geschlechts zu befriedigen, sondern reduziert Menschen einfach zu kleinen Rädchen im Getriebe, die oft keinerlei Respekt mehr vor sich selbst haben.

Mit unseren Materialien, unseren Veranstaltungen und unseren Kampagnen wollen wir die kämpferischsten AktivistInnen davon überzeugen, mit uns für eine sozialistische Alternative zu Kapitalismus und Großgrundbesitz zu kämpfen. Wir treten für Gemeineigentum an den größten Industrien, Banken und des Bodens ein und für eine demokratische Planung von Wirtschaft und Gesellschaft unter der Kontrolle und Führung von gewählten RepräsentantInnen der ArbeiterInnen. Wir rufen im ursprünglichen Geist des Kommunistischen Manifestes zur Einheit im Kampf für einen echten Sozialismus auf. Nur durch die Etablierung von gesellschaftlichem Eigentum und einem demokratischen und kooperativen Gesellschaftsprinzip, können ArbeiterInnen - Männer und Frauen - das volle Potential ihrer Talente und Fähigkeiten ausschöpfen. Nur dann können persönliche Beziehungen vollständig gleichberechtigt sein. Nur dann können die Schrecken des Kapitalismus - Krieg, Armut und Unterdrückung - beseitigt und durch eine friedliche und harmonische Gesellschaftsentwicklung ersetzt werden.

Junge Frauen rebellieren!

Ob für mehr Bildung, gegen Rassismus oder für eine bessere Zukunft generell, ob in Griechenland, Frankreich oder Schweden, selbst die bürgerliche Presse muß diese Entwicklung registrieren und kommentieren: Junge Frauen werden aktiv!

Die SchülerInnenbewegung vor anderthalb Jahren in Frankreich wurde als „Aufstand der Mädchen“ bezeichnet. In Zeitungen wurde der Vergleich zur 68er-Bewegung gezogen. Damals hielten die jungen Herren die Reden, führten die intellektuellen Debatten, die Frauen wurden von ihnen nicht ernst genommen und teilweise als Sekretärinnen und Zuarbeiterinnen angesehen. Ganz anders im Herbst 1998: junge Frauen stehen in der ersten Reihe. Sie stehen auf den Tischen in den Schulen, rufen auf zum Streik, geben vor laufenden Kameras zornige Kommentare über die Regierung ab und führen mit Megaphon in der Hand Massendemonstrationen an. Der Spiegel schreibt: „Überall in Frankreich waren in den letzten drei Wochen solche Mädchen zu sehen, sie trugen Plakate („Auf zur Revolte“, „Mehr Geld her für die Schule, aber schnell!“) und marschierten zu Zehntausenden die Boulevards hinunter. Die Jungs machten Telefondienst und trotteten hinterher.“

Schweden: „Nenn mich nicht Hure!“

In Schweden begannen Mädchen und junge Frauen Antisexismus-Komitees an Schulen aufzubauen. Die Jugendorganisation „elevkampagnen“ startete 1999 eine großangelegte Kampagne unter dem Namen „Nenn mich nicht Hure“. Demonstrationen in mehreren Städten wurden durchgeführt, so daß das Thema in Zeitschriften, Boulevardzeitungen und Fernsehen diskutiert werden mußte. In Stockholm konnte elevkampagnen die Schließung eines Bordell erzwingen, das besonders aggressiv versucht hatte, SchülerInnen anzuwerben.

Antirassismus

Bei den Anti-Haider-Protesten in Österreich waren vom ersten Tag an überproportional viele Frauen auf der Straße. Sie wissen, was ein ideologischer „Zurück an den Herd“ - Schwenk für sie bedeutet. In der antifaschistischen Arbeit in Ostdeutschland sind es vor allem junge Frauen, die sich bei „Jugend gegen Rassismus“ in Europa organisieren.



Die Sozialistische Alternative (SAV) hat in den letzten Jahren immer wieder Frauenthemen aufgegriffen und teilweise konkrete Erfolge erzielt: In Kassel konnte mit anderen zusammen der Erhalt eines autonomen Frauenhauses erkämpft werden, in Stuttgart erreichten SAV-Mitglieder und Jugend gegen Rassismus in Europa gemeinsam die Einrichtung eines Frauentaxi. In Aachen und Rostock wurden Kampagnen gegen Vergewaltiger organisiert, in Berlin wurde eine öffentliche Aktion gegen sexistische Belästigung in der Bahn durchgeführt. Gegen sexistische Werbung wurde von der SAV in Köln, Stuttgart und Berlin plakatiert.

es internationalen Frauentages

das Frauenwahlrecht und den zunehmenden Kampf im Weltkrieg im Vordergründe konnten auf Grund der Kaiser abdanken mußte in Berlin die Sozialistische auch zum ersten mal das geführt, ein Recht, für das Frauenbewegung jahrzehnte

rückgedrängt Abtreibung wurde wieder verboten und mit den Kult um die „neue“ Familie ein autoritäres und hierarchisches System nicht nur im Staat sondern auch in den kleinsten Lebensbereichen etabliert.

In Erinnerung an den Streik der Petrograder Textilarbeiterinnen wurde 1921 auf der 2. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen das Datum des internationalen Frauentages auf den 8. März festgelegt

Im Jahr 1932 fand in Deutschland der letzte Frauentag statt. Während der Zeit des Hitlerfaschismus wurde von Hitler statt dessen der Muttertag etabliert und gefeiert.

Nach 1945 entwickelte sich in der DDR der 8. März zum staatlich inszenierten Feiertag. An diesem Tag kochte dann mal der Chef im Betrieb den Kaffee für die Frauen und einige Frauen wurden vom männlich dominierten Politbüro bzw. Staatsrat zu einem Bankett eingeladen.

Frauentag im Stalinismus

Obwohl es in der DDR viele Fortschritte für die Frauen gab, wie Vollbeschäftigung, Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzgarantie sowie ausreichend Kindergarten- und Krippenplätze, war die Situation der Frauen auch hier von wirklicher Gleichberechtigung weit entfernt. Auch hier blieb Kindererziehung und der Haushalt meistens an den Frauen hängen. Dabei war vor allem die Hausarbeit angesichts der langen Schlangen in den Kaufhallen oder der Herumrennerei nach bestimmten Waren oft ziemlich mühselig. Um die Hausarbeit etwas zu „erleichtern“ wurde von der SED ein monatlicher bezahlter „Haushaltstag“ eingeführt. Diesen Tag gab es aber nur für Frauen, Ausnahmen wurde für alleinerziehende Väter gemacht.

Errungenschaften der Arbeiter- und Frauenbewegung

Seit dem ersten internationalen Frauentag haben die Arbeiter- und Frauenbewegung eine Reihe von Verbesserungen erkämpft. Frauen dürfen wählen gehen, seit 1980 müssen sie laut Grundgesetz den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Doch gleichberechtigt sind wir noch lange nicht. Im Gegenteil, die unsoziale Po-

litik der Herrschenden bekommen Frauen als erste zu spüren. Jede zweite alleinerziehende Mutter lebt heute an oder unterhalb der Armutsgrenze. Ca. 70 % aller Rentnerinnen müssen von einer Rente von unter 1000 DM leben.

Es ist an der Zeit, daß wir uns organisieren und für eine Zukunft ohne Unterdrückung und Diskriminierung kämpfen.

Antje Zander, Berlin

Unsere Forderungen

- ▶ Weg mit diskriminierenden Lehrinhalten in Schule, Uni oder Beruf
- ▶ Gleiche Ausbildungs- und Berufschancen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, 100% Westlöhne im Osten
- ▶ Keine kommunalen Kürzungen auf Kosten von Frauen und Kindern
- ▶ Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen
- ▶ Einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind zum Nulltarif
- ▶ Weg mit § 218 - für das Selbstbestimmungsrecht, flächendeckendes Angebot an Frauenhäusern, guten und günstigen Wohnraum für alle
- ▶ Arbeit für alle! Kampf um jeden Arbeitsplatz! 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich als ersten Schritt zu weiterer Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre
- ▶ Frauen und Männer müssen gemeinsam für eine gleichberechtigte Gesellschaftsordnung ohne Klassenunterschiede und Ausbeutung kämpfen
- ▶ Weg mit dem Kapitalismus, dem Nährboden für Sexismus

Zurück in die Zukunft

Ein Jahr nach Beginn des Balkankrieges gibt es keinen Frieden im Kosova

„Kriegsende ist noch kein Frieden“ – diese Schlagzeile war in der VORAN zu lesen, als nach vier Monaten der NATO-Krieg gegen Jugoslawien beendet worden war. Im November wurde bekannt, daß nach Kriegsende die Anzahl der ermordeten SerbInnen und KosovarInnen genauso hoch war, wie in den zwei Monaten vor den Bombardierungen.

Vlado Bacic, Köln

Die blutroten und olivgrünen Kriegsmissträger Scharping und Fischer überschlugen sich vor einem Jahr in ihrer Rechtfertigung der Bombenangriffe auf die Bevölkerung in Jugoslawien (d.h. in Serbien, der Vojvodina, Montenegro und im Kosova*) – ein „neues Auschwitz“ setz zu verhindern, die „humanitäre Katastrophe“ müsse abgewendet werden. Große Worte, die sich – betrachtet man die Verhältnisse, die heute im Kosova und in Serbien herrschen – als leere Versprechungen und bewußte Täuschungen der Bevölkerung entpuppen.

In Wirklichkeit hat der NATO-Krieg die sogenannte „humanitäre Katastrophe“ ver-

werden, um den Völkermord an den KosovarInnen, die sogenannten „ethnischen Säuberungen“ zu verhindern und einen wildgewordenen Diktator in Belgrad zu stoppen? Tatsache ist, daß es den Machthabern in den NATO-Staaten nicht um die Verhinderung von Vertreibungen, um Demokratie, Menschenrechte oder Selbstbestimmung ging.

Neue nationale Unterdrückung

Seit dem Kriegsende und der Besetzung des Kosova durch UN- und NATO-Truppen haben dieselben weitgehend untätig der Vertreibung der SerbInnen, Roma und anderer Minderheiten zugeschaut. Die nationalen Unterdrückungsverhältnisse haben sich umgekehrt. Die mächtige albanische UCK (Kosova Befreiungsarmee) ist verantwortlich für gezielte und planmäßige Vertreibungen der nationalen Minderheiten im Kosova. Von den einstmals ca. 200.000 SerbInnen, die im Kosova lebten, sind heute noch etwa ein Viertel bis ein Drittel übrig. Von den anderen nationalen Minderheiten waren es im September 1999 nur 25 Prozent. Berichte der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusam-

kehr an der nächsten Straßenecke einem Spiel mit dem Tod.“ Opfer der UCK werden nicht nur SerbInnen und Menschen nicht-albanischer Volkszugehörigkeit, sondern auch politische GegnerInnen unter den Kosova-AlbanerInnen. Offiziell wurde die UCK im September aufgelöst und ein Teil ihrer Kämpfer ist in das Kosovo Sicherheitskorps übergewechselt. Doch der Spiegel Nr. 51/1999 berichtete: „Während das Auswahlfahrer für die 3000 Korps-Mitglieder noch läuft, spazieren bereits 15.000 UCK-„Befreier“ in neuen Tankuniformen durchs Land, ein dem früheren UCK-Emblem nachempfundenen Abzeichen am Arm. Die Waffenarsenale sind dank der offenen Grenzen zu Albanien wieder aufgefüllt.“ All dies ist für die NATO kein Grund militärisch gegen die UCK vorzugehen und den Schutz der Vertreibenen ernsthaft zu betreiben. Der Grund ist offensichtlich: es ging der NATO niemals um Menschenrechte, sondern um Kontrolle über diese Region, um die Aufrechterhaltung größtmöglicher Stabilität unter ihrer Leitung. Stabilität haben sie nicht erreicht, eher das Gegenteil, aber sie haben Kontrolle gewonnen.

Selbstbestimmung?

Da es den westlich-imperialistischen Staaten nicht um Selbstbestimmung für die KosovarInnen ging und geht, zeigt sich daran, daß sie darauf bestehen, daß der Kosova Teil Jugoslawiens bleibt und kein unabhängiger Staat wird. Dabei steht außer Frage, daß die große Mehrheit der Bevölkerung selbst bei weitestgehender Autonomie nicht im Staat Jugoslawien verbleiben will. De facto ist der Kosova heute nicht mehr Teil von Jugoslawien, sondern ein NATO-Protektorat.

Doch Konflikte zwischen der kosovo-albanischen Bevölkerungsmehrheit und den UN/NATO-Truppen sind vorprogrammiert und haben teilweise bereits begonnen. Bis zum September 2000 soll es Wahlen zu einem Kosova-Parlament geben. Wenn diesem das Recht vorenthalten wird, die Unabhängigkeit auszurufen, werden die westlichen Truppen mehr und mehr als das gesehen, was sie sind: Besatzer, die eine wirkliche Selbstbestimmung verhindern. Neue, auch bewaffnete Konflikte und möglicherweise ein neuer Unabhängigkeitskrieg von Teilen der UCK sind dann wahrscheinlich.

Im Kosova und auf dem gesamten Balkan bestätigt sich, was SozialistInnen in den letzten Jahren betont haben. Auf der Grundlage von kapitalistischer Konkurrenzwirtschaft und dem Profitprinzip kann es keine Lösung der nationalen und

menarbeit in Europa) weisen auf die fortgesetzten massiven Menschenrechtsverletzungen im Kosova durch die UCK hin. Die OSZE spricht von „Exekutionen, Entführungen, Folter, grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung, willkürlichen Verhaftungen und Versuchen, die Meinungsfreiheit einzuschränken.“

Der Spiegel schreibt: „Für die Serben in Pristina gleicht selbst der Gang zum Bäck-



Die NATO-Bomben brachten Tod und Zerstörung.

größert und zusätzlich eine ökonomische und ökologische Katastrophe verursacht. Jugoslawien wurde um Jahrzehnte zurückgebrocht, hunderte Tausende haben ihren Arbeitsplatz verloren, durch die Bombardierung von Ölfabriken und Chemiefabriken wurde die Umwelt nachhaltig verpestet, mindestens 500, wahrscheinlich aber einige tausende ZivilistInnen wurden durch NATO-Bomben ermordet.

Aber mußte dieser Preis nicht gezahlt

„Bombengeschäfte“

Ein Buch von Winfried Wolf

„Zur politischen Ökonomie des Kosovokrieges“ heißt der Untertitel von Winfried Wolfs Buch „Bombengeschäfte“. Es beschäftigt sich intensiv mit Kriegen und der Rolle der Wirtschaft im allgemeinen und der Rüstungsindustrie, oder des „militärisch-industriellen Komplexes“ wie Wolf es nennt, um das große Gewicht der Rüstungsindustrie in der kapitalistischen Wirtschaft und das Wechselverhältnis von Rüstungsindustrie und Militärpolitik zu betonen, im Besonderen. Auch wenn wir nicht in allen Punkten mit der Analyse des Autors, vor allem zu den konkreten Ursachen und des Verlaufes des Balkankrieges, übereinstimmen, bleibt das Buch doch reich an wichtigen Informationen und einer zutreffenden Darstellung des Verhältnisses von Krieg und kapitalistischer Ökonomie.

Wolf beschreibt, wie Unternehmen wie Dornier, BMW, Krupp, Thyssen, Daimler-Benz, Siemens, AEG u. a. ihren Reichtum und ihre Macht zu einem großen Teil durch Aufrüstung und Krieg begründen, er zeigt Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsentwicklungen und Kriegen auf, beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen den USA und Europa und vielen anderen Fragen.

Winfried Wolf führt auch aus, wie der Balkankrieg zum „Showroom der Rüstungsindustrie“ wurde und neue Waffen zuzusagen unter Realbedingungen getestet wurden. Das gilt zum Beispiel für die „Graphit-Bomben“, mit denen die Elektrizitätsversorgung großer Gebiete ausgeschaltet werden kann (was in Jugoslawien unter anderem die Stromversorgung von Krankenhäusern unterbrach und mindestens 111 Frühgeborene in Lebensgefahr brachte).

Zum anderen wurden - völkerrechtlich geächtete - Splitterbomben zum ersten Mal im großen Masse gegen Menschen eingesetzt und, wie schon im Golfkrieg 1991, uranhaltige, radioaktiv strahlende Geschosse verwendet. Wolf zitiert eine Gruppe spanischer NATO-Piloten: „Es gibt keinen Journalisten, der auch nur die leiseste Idee davon hat, was in Jugoslawien passierte. Sie haben das Land mit neuen Waffen zerstört, mit giftigen Nervengasen, mit Minen, die an kleinen Fallschirmen abgelassen wurden, mit Uran-kontaminierten Bomben, mit schwarzem Napalm, mit chemischen Waffen, die auf Menschen sterilisierend wirken und Getreide vergiften und mit Waffen von denen selbst wir nichts wissen.“ Wolf beschreibt den Balkankrieg auch als erfolgreichen Testlauf für einen reinen Luftkrieg. Dabei unterschätzt er aber die Tatsache, daß das jugoslawische Heer und dessen Luftabwehr kaum geschädigt wurden und der Ausgang des Krieges nicht in erster Linie militärischen, sondern politischen Faktoren zuzuschreiben war, vor allem der Änderung in der Politik Russlands, die zu einer Isolierung des Milosevic-Regimes führte.

Die Botschaft seiner Untersuchung ist eindeutig: der Rüstungswahnsinn hat niemals ein Ende genommen und die Kriegsgefahr steigt weiter, denn „nach Rüstung kommt Krieg“. Ein absolut lesenswertes Buch.

„Bombengeschäfte“, Winfried Wolf, 200 S., Konkret Literatur Verlag, ISBN 3-89458-185-9

sozialen Konflikte in dieser Region geben. Nur der Wiederaufbau einer starken, multinationalen Arbeiterbewegung, die den Kampf für wirkliche Selbstbestimmung aller Nationen und nationalen Minderheiten, gegen die imperialistische Dominanz und für eine sozialistische De-

mokratie auf ihre Fahnen schreibt, kann den Massen auf dem Balkan eine Zukunftsperspektive weisen.

* Wir benutzen die Bezeichnung Kosova statt Kosovo, da dies die albanische Bezeichnung ist, die von der großen Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung benutzt wird.

Türkei/Kurdistan: PKK vor dem politischen Nichts

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK), hat auf ihrem 7. Parteikongreß die Einstellung des bewaffneten Kampfes und die Auflösung der Guerilla-Einheiten (ARGK) beschlossen. Die Führung der PKK und ihr inhaftierter Vorsitzender Abdullah Öcalan setzen darauf, in der Türkei einen legalen Kampf führen zu können. Durch den Verzicht auf ihre Forderungen versucht die PKK, den Staat zum Einlenken zu bewegen.

Dieser zeigt sich nach wie vor unbeeindruckt. Statt einer „Verhandlungslösung“ wollen die herrschende Klasse der Türkei und ihr Staatsapparat die vollständige Erniedrigung der kurdischen Bewegung.

Noch immer herrscht der Ausnahmezustand in den kurdischen Provinzen, werden Oppositionelle gefoltert. Abrückende ARGK-Einheiten wurden beschossen, hunderte kurdische KämpferInnen kamen ums Leben. Eine Demonstration des Menschenrechtsvereins IHD im Februar wurde aufgelöst, hunderte Demonstranten festgenommen.

Die an der Regierung beteiligte faschistische MHP festigt ihre Position in allen Ecken des Staatsapparates. Die sozialen Verhältnisse aller ArbeiterInnen und ländlichen Bevölkerung, ob türkisch oder kurdisch, haben sich in den letzten Jahren enorm verschlechtert.

Guerilla in der Sackgasse

Erst ließ die PKK-Führung um Öcalan die Forderung nach einem sozialistischen

Kurdistan fallen, dann die Forderung nach Unabhängigkeit. Heute redet die PKK von einer „demokratischen Republik“ und fordert kulturelle Rechte für die KurdInnen. Sie meint, daß eine Demokratisierung auch von Unternehmen und Politikern gewollt sei, daß nur eine „Clique von Kriegsgewinnlern“ sich dagegen stellen würde.

Hintergrund des Kurswechsels der PKK ist die Defensive der Guerilla. Der Krieg war unmöglich zu gewinnen. Die türkische Armee hatte die kurdischen Gebiete verwüstet, die KurdInnen sehnten sich nach Frieden. Daran Anknüpfend setzte Öcalan auf eine diplomatische Initiative. Doch die als Vermittler auserkorenen EU und USA lieferten Öcalan dem türkischen Staat aus. Es blieb nur noch die Bitte an den Staat, er möge verhandeln. Im Laufe des Öcalan-Prozesses wurde die Bitte zur Beteile. Für die politische Kapitulation der PKK hat der türkische Staat nur Häme übrig, die KurdInnen haben nichts dafür bekommen.

Vieles an der Geschichte der PKK muß kritisch betrachtet werden, viele Fehler wurden gemacht wie die alleinige Konzentration auf den bewaffneten Kampf oder Bombenanschläge in türkischen Städten. Aber die PKK muß sich nicht entschuldigen für ihre Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk, nicht für die Analyse der Türkei als Militär- und Folterstaat. Die PKK muß sich nicht dafür entschuldigen, daß sie zum ersten Mal in der

kurdischen Geschichte die Herrschaft der Stammesführer beendet, Massenorganisationen geschaffen und das Volk in einen mutigen Kampf gegen den Unterdrückerstaat geführt hat.

Arbeitereinheit

Die Frage, wie es nach dem Guerilla-Krieg weitergehen könne, war richtig. Richtig war auch, daß die PKK eine Wende hin zur türkischen Gesellschaft vollziehen mußte. Aber es war falsch, eine Wende hin zu Gesprächen mit der korrupten Politiker-Kaste und den Militärs zu vollziehen. Eine Wende zu den ArbeiterInnen und Bauern der Türkei wäre nötig gewesen. Die soziale Lage der Massen nach dem Internationalen Währungsfonds (IWF) diktiert Sozialkürzungen und dem Erdbeben ist schlecht. Die kurdische Bewegung muß diese Probleme aufgreifen, sich um die Sorgen der arbeitenden Menschen kümmern, ungeachtet ihrer nationalen Herkunft, und jede Möglichkeit nutzen, gemeinsame Kämpfe gegen den Mafia-Staat und die gierigen Unternehmer anzustößen.

Im Rahmen des Kapitalismus steuert die Türkei in Richtung wirtschaftlicher Verfall. Die wenigen Errungenschaften der ArbeitnehmerInnen werden auf Befehl der westlichen Kreditgeber abgeschafft. Die rückständigen ländlichen Regionen werden nicht entwickelt. Hunderttausende flüchten vom Land in die riesigen Slums an den Rändern von Istanbul, Ankara, Izmir und Adana. Nur eine so-

zialistische Umgestaltung, nur die Enteignung der großen Landbesitzer, der inländischen und ausländischen Konzerne und die demokratische Planung der Wirtschaft können die ArbeiterInnen und Bauern vor der Verarmung retten. Im gemeinsamen Kampf für eine andere Gesellschaft kann es gelingen, auch innerhalb der türkischen Arbeiterklasse eine Unterstützung für die Rechte der KurdInnen zu erreichen.

Gefährliche Kritik

Die Entscheidungen des PKK-Kongresses versetzen viele Guerilla-Kämpfer in eine aussichtslose Lage. Sie stehen politisch und militärisch entwaffnet der türkischen Armee gegenüber. Eine bedingungslose Kapitulation heißt Haft in den Foltergefängnissen oder sogar Tod.

In der kurdischen Bewegung, vor allem in der ARGK, gibt es folgerichtige Kritik an Öcalans Linie. Die langjährigen AktivistInnen M. Can Yüce und Meral Kadir verfallen im Gefängnis einen Aufruf unter dem Namen „PKK – Kämpfer der revolutionären Linie“ und kritisierten die Aufgabe des Programms. In der Provinz Dersim erklärten Guerilla-Einheiten ihre Opposition zum neuen Kurs und setzten entgegen den Befehlen Angriffe auf die türkische Armee fort.

Der PKK-Präsidialrat antwortete nicht mit dem Angebot einer demokratischen Diskussion, sondern denunzierte die KritikerInnen als „Kriegsprofiteure“, „Provokateure“ und warf ihnen „Bandentum“ vor. Damit erklärt sie diese KritikerInnen

für vogelfrei und ermöglicht so dem Staat deren widerspruchslöse Verfolgung.

Es mag richtig sein, daß auch die Einheiten in Dersim oder die „Kämpfer der revolutionären Linie“ keinen Weg nach vorne weisen und nur die Fortführung des Guerilla-Krieges anbieten. Aber ihre Unterdrückung durch die PKK ist zerstörerisch für die kurdische Bewegung.

Auch in Deutschland wurden Kritiker bedroht und zusammengeschlagen, so der in Köln lebende Selahattin Celik, ehemaliges Mitglied des PKK-Zentralkomitees, der Öcalans Kurs als Kapitulation kritisiert hatte.

Viele KurdInnen sehnen sich nach einem Ende von Krieg und Unterdrückung und unterstützen Öcalans Kurs. Aber es gibt keinen Enthusiasmus für diesen Kurs, die Demos in Europa werden kleiner, viele KurdInnen sind in Deutschland ziehen sich aus der politischen Aktivität zurück. Nach der politischen Selbstauflage der PKK stehen kurdische AktivistInnen jetzt vor der Aufgabe, ihre Bewegung neu aufzubauen, eine wirkliche Arbeiterpartei Kurdistans zu schaffen, die für das Recht auf Selbstbestimmung eintritt, die die nationale Befreiung Kurdistans mit dem Kampf der ArbeiterInnen und Bauern in der Türkei, dem Iran und dem Irak verbindet, und für einen sozialistischen Föderation des Nahen Ostens eintritt, als einzige Möglichkeit, Kurdistans sowie die türkischen ArbeiterInnen und Bauern zu befreien. ■

Anti-Haider-Schulstreik

Ken Horvath ist Mitglied der SLP (Sozialistischen Linkspartei) und Sprecher der SAP (SchülerInnenAktionsplattform), die den erfolgreichen großen Schülerstreik gegen Haider am 18. Februar mit über 20.000 SchülerInnen in Wien organisiert hat. Das Interview führte Kim Opgenoorth in Wien.

Ken, du gehörst zu den Initiatoren des sehr kämpferischen Schulstreiks in Wien. Was waren die Forderungen und Parolen Eures Streiks?

Unsere Forderungen waren grob gesprochen: gegen Rassismus, gegen Sexismus, gegen Sozial- und Bildungsabbau und gegen reaktionäre Bildungsmodelle.

Kurz: gegen diese Regierung und vor allem gegen ihre Politik. Den Bildungsbereich im Speziellen betreffend, war der Protest gegen jede Form der Elitebildung und gegen die Umfunktionierung von Schulen zu Wirtschaftsbetrieben gerichtet. Wir lehnen die Einführung sogenannter nationaler Leistungsstandards genauso ab, wie diskriminierende Regelungen, wie zum Beispiel die I/3-Klausel für Kinder nicht-deutscher Muttersprache.

Einer der Vorwürfe, mit denen frau/man wohl bei jedem Schulstreik konfrontiert ist - daß die SchülerInnen ja nur streiken, um sich den Unterricht zu ersparen und eigentlich keine Ahnung haben, wofür sie demonstrieren - hat sich als falsch erwiesen. Ich

habe keineN einzigeN SchülerIn getroffen, die den vier genannten Eckfeiern nicht bewußt Widerstand entgegenzusetzen bereit gewesen wäre. Natürlich muß gesagt werden, daß das Regierungsprogramm selber im Detail noch recht unbekannt ist. Es ist außerdem kaum mehr als eine Aneinanderreihung von Stehsätzen. Die SchülerInnen haben jedenfalls deutlich gezeigt, daß sie mündig und instand sind, für ihre eigene Zukunft zu kämpfen und von Solidarität sehr wohl eine Ahnung haben.

Hast du Informationen darüber, ob es Schulleitungen oder LehrerInnen gegeben hat, die Druck gegen den Streik gemacht haben?

Ja, es hat zum Teil massiven Druck gegeben - von Schule zu Schule sehr unterschiedlich. Die Palette reichte von Gerichten, die Demo sei nicht angemeldet bzw. abgesagt worden, über Panikmache bis zu handfesten Gesetzesverstößen. So wurden sogar in mehreren Schulen SchülerInnen im Schulhaus eingesperrt. Einige SchülerInnen sind aus dem Fenster geklettert um der Demonstration zu folgen. Die Eltern haben sich meiner Einschätzung nach relativ zurückgehalten. Natürlich gab's besorgte Anrufe. Aber insgesamt haben die solidarischen Rückmeldungen überwogen.

Welche Rolle haben die Medien gespielt?

Gerüchte, wie das von Demonstrationsverbot, wurden dankbar aufgenommen. Ängste wurden geschürt in Punkto Sicherheit auf der Demo und der Haftungsfrage zum Beispiel. Dazu kamen die üblichen Fragen, wie: „Warum während der Schulzeit und nicht am Nachmittag?“ und Vorwürfe wie der der Instrumentalisierung von Kindern.

Bilanzierend kann gesagt werden, daß der Schulstreik ein wirkliches Gesprächsthema war. Daß wir von den Medien auch negative Reaktionen bekommen haben, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Aktion vor allem in einem Punkt ein Riesenerfolg war: In den Schulen ist eine massive Politisierung eingetreten.

Und die SchülerInnen haben gezeigt, daß sie wissen, wo Politik gemacht wird. Auf der Straße.

Wie geht's jetzt weiter?

Auf uns kommen arbeitsreiche Wochen zu. Erstmals müssen die SchülerInnen unterstützt werden, denen in ihren Schulen Repressalien angedroht werden. Die Kampagne läuft unter dem Motto „Demokratie statt Strafe“ - und genau so ist auch ihre Ausrichtung. Ein ganz konkreter Ausfluß des Schulstreiks wird die Übergabe einer Petition an den ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) sein - mit einer Aufforderung, für den 8. März einer österreichweiten Aktionstag mit Streiks zu organisieren. Von keiner/keinem einzigen SchülerIn haben wir darauf zurückhaltende oder abweisende Reaktionen bekommen. Der Wille, diese Regierung stürzen und jeder Form von Sozialabbau und diskriminierender Politik aktiven Widerstand entgegenzusetzen, ist da. Es gilt, ihn entsprechend zu nutzen. ■



Mobilisierung über Internet

Die Bewegung ging ohne Voranmeldung los. Auf der ersten größeren Demonstration trafen sich 25.000 Menschen, ohne daß ein Plakat hing oder ein einziges Flugblatt verteilt worden wäre. Jeden Tag versammelten sich daraufhin Tausende, anfangs über 10.000. Am Abend für Abend um durch die Innenstadt zu marschieren und "Widerstand, Widerstand" zu schreiben. In den Medien wurde keiner dieser "Abendspaziergänge" quer durch Wien angekündigt, weder im Radio, TV, noch in irgendeiner Tageszeitung. Alleine über Mund-Propaganda, e-mail und Internet sind diese Aktionen organisiert worden.

Natürlich war keine dieser Demos angemeldet worden, die Polizei konnte nur noch versuchen den Verkehr zu regeln. Jedoch, auch das fiel schwer, da die Menschenmenge an jeder Kreuzung spontan eine neue Richtung einschlugen. Die Solidarität war enorm. Aus den Fenstern hingen jubelnde Menschen, ImmigrantInnen standen klatschend vor ihren Lokalen, rote Fahnen wehten aus den Häusern heraus.

Auf der anderen Seite gab es Passanten, die den Kopf schüttelten, laut schimpften und den DemonstrantInnen den Vogel zeigten. Die Polarisierung in Österreich ist durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ enorm gestiegen. Es geht eine tiefe Kluft durch die österreichische Gesellschaft, zwischen überzeugten Befürwortern und glühenden Gegnern der neuen Regierung. Die Massen auf der Straße haben den FPÖ-Unterstützern erstmal jedoch den Wind aus den Segeln genommen. Immerhin erschienen auf einer regierungsfreundlichen Kundgebung nicht mehr als 50 Menschen.

Die Mentalität der Österreicher wird oft als nicht die Schnellste beschrieben. Der langgezogene "Wiener Schmah" trägt dazu bei, diesem Bild nichts entgegenzusetzen. Dies war mit einem Mal wie weggeblasen. Die Demonstrationen waren lebendig, lang und kraftvoll. Das Tempo war so schnell, daß Polizei und Kamera-Teams Mühe hatten, die Demo wieder einzuholen, wenn die Spitze mal wieder in eine andere Straße eingebogen waren. Die Atmosphäre auf den Demos war französisch: bunt, laut und kämpferisch. Sehr ermutigend für deutsche Verhältnisse, denen in ruhigen Zeiten ja auch nicht gerade Spontanität und Schnelligkeit nachgesagt wird.

In Deutschland gab es Solidaritätsaktionen, große Demonstrationen fanden in Belgien und Frankreich statt. Selbst in Paris und Brüssel erschalle die deutschsprachige Parole "Widerstand" in den Straßen.

Jugend

Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE), welche in 12 Ländern organisiert sind, inclusive Österreich, hat eine Serie von Protesten gegen Haider's FPÖ auf dem ganzen Kontinent organisiert. In Österreich hat JRE den Schulstreik am 18. Februar mitorganisiert, in verschiedenen Städten in ganz Europa gab es Protestaktionen und Veranstaltungen zu dem Thema. Mit Wut erfüllt sehen Jugendliche den Aufstieg dieses Parteiführers, dessen Eltern beide Mitglied in der NSDAP waren und der über seinen Onkel durch den Billigkauf (Raub) an jüdischem Eigentum Millionär geworden ist. Mehr Informationen über diese Aktivitäten gibt es über yre@antifa.net oder PO Box 858, London E9 5HU.



Haiders „Sager“

In der Debatte des Kärntner Landtags am 13. 6. 1991 zur Arbeitsmarktpolitik sagte Haider: „Nein, das hat es im 3. Reich nicht gegeben, weil im 3. Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal ihre Regierung in Wien zusammenbringt.“

„Die Waffen-SS war Teil der Wehrmacht und es kommt ihr daher alle Ehre und Anerkennung zu.“ (19. 12. 1995)

„Nicht die Freiheitlichen sind die Schädlinge der Demokratie. Wir sind das Schädlingsbekämpfungsmittel. Bei uns regieren die Rothäute und die Schwarzen - und nicht, wie üblich, daß sie in Reservaten leben.“ (Die Presse, 10. 9. 1990)

Ist Haider ein neuer Hitler?

Was ist die FPÖ?

Diese Frage stellen sich spätestens seit dem 3. Oktober viele Menschen in und außerhalb Österreichs. Ist sie eine faschistische, eine rechtsextreme oder nur eine „gewöhnliche“ populistische Partei?

Harald Mahrer, SLP-Bundesvorstand, Wien

Die wesentlichsten Unterscheidungsmerkmale des Faschismus zu anderen rechtsextremen bzw. -konservativen Strömungen waren vor allem zweierlei: Erstens verfügte der Faschismus über eine organisierte und mobilisierbare Massenbasis und zweitens verfügte er über organisierte bewaffnete Einheiten, die gegen die ArbeiterInnenbewegung eingesetzt wurden. In Deutschland war dies die SA, in Österreich die Heimwehren. Erfüllt die FPÖ diese Kriterien? Offensichtlich nicht, sie verfügt weder über bewaffnete Einheiten, noch kann sie über eine „organisierte und mobilisierbare Massenbasis“ verfügen. WählerInnenstimmungen allein sind das zu wenig.

Rechtsextrem

Die FPÖ ist eindeutig rechtsextrem. Ihr Programm stützt sich ideologisch auf Rassismus, auf die „Volksgemeinschaft“, auf „Frauen zurück zum Herd“-Politik, auf Anti-Gewerkschaftspolitik, auf Sozialdarwinismus, usw. Bei der FPÖ kommt noch das historische, sowie das sprachlich-

symbolische, Naheverhältnis zum Faschismus hinzu.

Neoliberal

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist die FPÖ eine neoliberale Partei. Zurückdrängung des Gewerkschaftseinflusses, bis hin zur offenen Spaltung des ÖGB, Aufbrechen der Flächenkollektivverträge, Zerschlagung von Sozialstaat und rest-verstaatlichter Betriebe, Flexibilisierung und Deregulierung. All das steht auf den Fahnen der FPÖ.

Populistisch

Die Marketingstrategie der FPÖ heißt Populismus. Einerseits werden Sündenböcke für die negativen Auswirkungen dieser Politik konstruiert, andererseits werden die VerliererInnen verunglimpft und selbst zu „Schuldigen“ (Sozial-schmarotzer) stilisiert. Der Sozialabbau, die Flexibilisierung und Deregulierung, der Abbau von Rechten der ArbeitnehmerInnen, die Zurückdrängung der Gewerkschaft wird als „Befreiung“ von „Überreglementierung“ und „Zwang“ verkauft. Durch Säen von Haß, Mißgunst und Neid wird Solidarität untergraben, der angeblich „Fleißige“ gegen die angeblich „Faule“ aufgehoben.

Die FPÖ ist als größte rechtsextreme Partei Europas eine enorme Gefahr für die österreichische und europäische ArbeiterInnenbewegung. Sie zu bekämpfen, ihre Alternative entgegenzustellen, muß daher oberste Priorität sein. ■

Internationale Solidarität

Die geheuchelte Empörung der Europäischen Union über die FPÖ hilft uns nicht.

Es ist keine Solidarität für Österreichs Antifaschisten, wenn Kriegstreiber wie Joschka Fischer oder Sozialabbauer wie Schröder, sich über Haider aufregen. Alle Regierungen der EU machen eine gegen ImmigrantInnen und ArbeiterInnen gerichtete Politik. Mit ihren Sprüchen gegen Haider wollen sie nur von Problemen in eigenen Land ablenken und sich die Sympathien in der Jugend erschleichen.

Es sind Aktionen wie Demonstrationen in Deutschland, Frankreich und Belgien, Proteste von AntifaschistInnen, Jugendlichen, GewerkschafterInnen, die wirkliche Solidarität bedeuten.

Der Aufschrei der Empörung der EU ist pure Heuchelei. Wo sind die „humanen Werte“ der EU, wenn es darum geht, die Festung Europa aufzubauen und Flüchtlinge abzuschubsen? Und wo sind die „demokratischen Prinzipien“, wenn es um die Durchsetzung neoliberaler Politik und dem damit verbundenen So-

zialabbau auf Kosten von Jugendlichen, Arbeitslosen und Beschäftigten geht? Genau diese Politik ist es, die rechtsextreme Organisationen und Parteien den Weg ebnen. Das bedeutet eine Politik gegen Sozialabbau. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß irgendeine Regierung Europas die Probleme löst. Alle vertreten die Interessen der Unternehmer und greifen damit unseren Lebensstandard an. Der Widerstand gegen Haider muß international sein. Er und er muß verbunden werden mit dem Kampf gegen Rassismus und Sozialabbau in jedem Land - ob die Regierungen konservativ sind oder sich rot-grün angestrichen haben.

Ihre Vetterwirtschaft, ihr Sozialabbau, hat die Leute in Haider's Arme getrieben. Mit ihrer Politik sind sie mehr und mehr in Haider's Richtung gegangen. Der nannte den SPO-Innenminister seinen „besten Mann in der Regierung“, weil dieser so brutal abschieben ließ.

Wir brauchen eine echte Alternative zur neoliberalen Politik. Wir treten daher für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. Wir kämpfen gegen Diskriminierung und Rassismus in jeder Form - gleiche Rechte für alle! Wir kämpfen für einen Stop des Sozialabbaus. Wir kämpfen für eine sozialistische Politik: Wir kämpfen dafür, die Reichen zur Kasse zu bitten.

Sturz der Regierung

Die Regierung kann gestürzt werden. 1994 war in Italien eine rechte Regierung um den Medienregieren Berlusconi gebildet worden. Beteiligt waren auch die Neofaschisten von der „Nationalen Allianz“. Schon nach wenigen Monaten wurde diese Regierung durch Massendemos und Streiks hinweggefegt.

Das wäre auch in Österreich möglich - wenn die Gewerk-

schaftsführung so viel Entschlossenheit zeigen würde wie die SchülerInnen und Schüler von Wien.

Die Regierung des Rassismus und des Sozialabbaus muß weg.

Aber wir wollen auch nicht zurück zur großen Koalition von SPÖ und ÖVP.

Ihre Vetterwirtschaft, ihr Sozialabbau, hat die Leute in Haider's Arme getrieben. Mit ihrer Politik sind sie mehr und mehr in Haider's Richtung gegangen. Der nannte den SPO-Innenminister seinen „besten Mann in der Regierung“, weil dieser so brutal abschieben ließ.

Wir kämpfen dafür, die Macht der Konzerne zu brechen

Sonja Grusch, Wien SLP-Bundessprecherin

Haider und die Talkshows

Haider der gute Rhetoriker: Sind die Medien gegen ihn machtlos? Kann es kein anderer Politiker mit ihm aufnehmen? Was ist sein Erfolgsrezept?

Kim Opgenoorth

Erstens kann er vor allen Dingen lügen, und das ohne rot zu werden. Trotz seines riesigen Anwaltsapparates verliert er jedes Jahr viele Prozesse. Dies kümmert ihn jedoch nicht, genug Geld hat er ja. Das hält ihn auch nicht davon ab, weitere Lügen und Schamemärchen zu erfinden. Diese sind gut gespickt mit Systemkritik, mit Kritik am Filz im Parteiensystem und daran, daß alles auf Kosten des „kleinen Mannes“ geht.

Das Hauptproblem, warum seine Talkgegner so schlecht aussehen, ist jedoch ein politisches: Was können die deutschen Politiker einem Haider entgegen? Ein Otto Schily könnte sagen: „Die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten.“ Ein Schröder könnte antworten: „Wer hier in Deutschland sein Gastrecht mißbraucht, der muß raus, und zwar schnell.“ Das Problem ist, niemand von ihnen könnte sich

wirklich der FPÖ entgegensetzen, da sie alle mehr oder weniger in seine Richtung gehen. Es sind die ökonomischen Verhältnisse, die alle europäischen Regierungen dazu treiben eine Politik von Sozialabbau, Privatisierungen und Steuerergänzungen für die Reichen zu machen. Rassismus ist dabei für alle ein „angenehmes“ Mittel, um Gegenwehr durch Spaltung in der Bevölkerung zu verhindern.

Wer wütend und alleine vor dem Fernseher sitzt, der mag jemanden wie Haider als den Vertreter der „kleinen Leute“ sehen. Wer im Betrieb, in der Schule, in der Uni gemeinsam mit anderen kämpft, merkt schnell, daß nichts gewonnen ist, wenn man auf irgendwelche Politiker, wie Haider, der zudem noch Millionär ist, setzt. Nur der gemeinsame Kampf von Jugendlichen, Arbeitslosen und der arbeitenden Menschen kann wirkliche Veränderungen erreichen. ■



Was will die SAV ?

Fast jede/r macht sich Sorgen um die Zukunft. Kein Zufall, denn mit der Marktwirtschaft geht es abwärts. Die Krise der Marktwirtschaft weitet sich aus. Die sozialen Folgen sind noch nicht abzusehen. Arbeitslosigkeit und Sozialabbau haben sich schon im Aufschwung verschlimmert. Weltweit finden Hunger, Elend und Kriege täglich neue Opfer. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. All das hat System und das System heißt Kapitalismus.

Großkonzerne und Banken treffen ihre Entscheidungen nach Profitinteressen. Eine Minderheit besitzt die Fabriken, Banken, Immobilien und verfügt über den gesamten Reichtum. Weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Weltbevölkerung an Einkommen haben. Die Marktwirtschaft bietet keine Zukunft.

Widerstand

Wir organisieren Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, gegen die Diskriminierung von Frauen, gegen Rassismus und Neonazis. Wir sind aktiv in Gewerkschaften, Betrieben, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen. Die SAV tritt für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. Wir beteiligen uns am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und anderen Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

SAV

Die Sozialistische Alternative (SAV) wurde 1994 um die sozialistische Zeitung Voran gegründet. Gründungsmitglieder waren aktive AntifaschistInnen, kritische GewerkschafterInnen, JungsozialistInnen, linke SPD und PDS-Mitglieder. Die SAV ist demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, daß gewählte Vertreter nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

Solidarität

Um an der Macht zu bleiben, müssen die Herrschenden versuchen, die Massen der arbeitenden Bevölkerung gegeneinander auszuspielen. Gemeinsamer Widerstand ist notwendig: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer, jung und alt. Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Neue sozialistische Arbeiterpartei

Die SPD/Grünen-Bundesregierung hat unter Beweis gestellt, daß sie die Macht und die Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die

Krise der Marktwirtschaft wird auch unter der Schröder/Fischer-Regierung auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt. Sozialabbau und Privatisierungen auf der einen Seite und Steuerergüsse an die Unternehmer auf der anderen Seite sind auch nach dem Regierungswechsel an der Tagesordnung geblieben. Einen Politikwechsel hat es nach dem Regierungswechsel nicht gegeben. Neu ist nur, daß Deutschland wieder Kriege führt. Die PDS wird ihrem Anspruch sozialistische Opposition zu sein nicht gerecht. Sie nutzt ihre Unterstützung unter ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen nicht, um außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Stattdessen hat sie auf Kommunal- und auf Länderebene begonnen, Privatisierungen und Kürzungen mitzutragen. Die PDS akzeptiert die Marktwirtschaft und damit auch die Folgen der Krise der Marktwirtschaft für die Masse der Bevölkerung.

Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Massenpartei. Die SAV baut eine solche Partei auf.

Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt. Eine neue Massenpartei von ArbeiterInnen und Jugendlichen wäre ein großer Fortschritt, selbst wenn diese kein konsequentes sozialistisches Programm vertreten würde. Sie würde Massen von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich von den bürgerlichen Parteien unabhängig zu organisieren und für ihre Interessen einzutreten. Die SAV tritt in jeder Situation für die Einheit der Arbeiterklasse in der Aktion ein und wird Ansätze zu neuen, breiten Arbeiterparteien unterstützen.

Die SAV verbindet den Kampf um Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus

Bei planmäßigem und sinnvollem Einsatz von Wissenschaft und Technik wäre es möglich, allen Menschen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Das Übel muß an der Wurzel gepackt werden, der Kapitalismus gehört abgeschafft. Es gibt eine Alternative zu dem heutigen System. Die Alternative ist Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Sozialismus braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher im Osten, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Die großen Konzerne, Banken und Versicherungen müssen enteignet, in Gemeingut überführt und unter demokratischer Kontrolle gestellt werden. Wir brauchen eine geplante Wirtschaft in der die Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen entscheiden und nicht die Profite einiger Weniger.

Wofür wir kämpfen:

Arbeit für Alle

- ★ Öffentliche Investitionen und Neueinstellungen in den Bereichen Umweltschutz, Bus und Bahn, Wohnen, Kindergärten, Bildung und Ausbildung, Gesundheitswesen, Altenpflege. Finanzierung mit den Milliardengewinnen der Banken und Konzerne und den Geldern die sich in den Taschen der Superreichen befinden.
- ★ Verteilung der Arbeit auf Alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Qualifizierte Ausbildung für jede/n und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ★ Mindestsicherung (Mindestlohn, Mindestrente) von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West
- ★ Rücknahme aller Sozialabbau- und Kürzungsmaßnahmen der Kohl-Regierung und der SPD/Grünen Koalition
- ★ Nein zu Privatisierungen
- ★ Für ein öffentliches, kostenloses Gesundheitswesen

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Weg mit dem Paragraph 218
- ★ Kostenlose Kinderbetreuung ab dem 1. bis zum 13. Lebensjahr

Umweltschutz

- ★ Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Stopp von umweltzerstörender Produktion, Ersatzarbeitsplätze für die Beschäftigten
- ★ Ausbau des öffentlichen Verkehrs

Bezahlbare Wohnungen

- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen pro Jahr
- ★ Verbot von Maklertätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung

Gegen staatlichen Rassismus

- ★ Weg mit den Ausländergesetzen
- ★ Wahlrecht und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Keine Abschiebungen

Keinen Fußbreit den Nazis

- ★ Mobilisierung zur Verhinderung aller Nazi-Aktivitäten

Abrüstung jetzt

- ★ Gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr
- ★ Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

- ★ Nein zu Lohnverzicht, nein zu Bündnissen und runden Tischen mit Unternehmern und Regierung
- ★ Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn

Nein zum Europa des Kapitals

- ★ Gemeinsamer internationaler Kampf gegen Sozialabbau
- ★ Nein zum „Euro“, nein zur Europäischen Währungsunion zum Euro

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Überführung der Banken, Konzerne, Versicherungen in Gemeineigentum.
- ★ Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung. Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen.
- ★ Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen

Spenden von unten gegen die da oben

Wir brauchen 25.000 Mark!

Während es den PolitikerInnen der CDU gerade eiskalt den Rücken herunterläuft, wenn in ihrer Nähe das Wort „Spenden“ ausgesprochen wird, kann die SAV aus tiefster Überzeugung alle Mitglieder, Unterstützerinnen und LeserInnen der VORAN auffordern, große und kleine Beträge an uns zu spenden.

Wir werden jede Mark, die uns erreicht, zur Verbreitung von Gegeninformationen zu den Nachrichten der kapitalistischen Medien, zur Propagierung sozialistischer Ideen, zur Organisation von Kampagnen gegen Sozialabbau und Privatisierungen, für antifaschistische Aktionen und zum Aufbau einer neuen sozialistischen Arbeiterpartei verwenden – auch wenn wir damit gegen den Strom der Praxis der anderen Parteien schwimmen.

Ziel unserer aktuellen Spendenkampagne ist es, bis zum 31. Juni 25.000 DM zu sammeln. Von diesem Geld wollen wir zum einen die Arbeit des Komitees für eine Arbeiterinternationale, der internationalen Organisation der SAV angeschlossen ist, unterstützen. Konkret wollen wir unserer nigerianischen Schwesterpartei, der Demokratisch-Sozialistischen Bewegung (englische Abkürzung: DSM), behilflich sein eine Computer-Ausrüstung anzuschaffen. Die DSM spielt eine wichtige Rolle im Kampf für wirkliche demokratische und gewerkschaftliche Rechte, in einem Land, in dem bisher nur auf dem Papier die Demokratie eingeführt wurde.

Ausserdem soll von den Spenden der für Juli 2000 geplante Umzug der SAV-Bundeszentrale von Köln nach Berlin finanziert werden. Berlin ist seit einigen

Monaten Regierungssitz und Hauptstadt und wird immer mehr zum Zentrum des Protests – von den Mobilisierungen gegen das erste Schrödersche Sparpaket bis zur Demonstration zur Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Berlin ist auch Schnittstelle zwischen Ost und West und der Ort, in dem sich politische Entwicklung in der Linken am schnellsten niederschlagen werden. All das sind wichtige Gründe, den Sitz der Leitung einer sozialistischen Partei in diese Stadt zu verlegen. Der SAV-Bundesvorstand erhofft sich von diesem Umzug auch eine neue Dynamik für den Aufbau der SAV in Ostdeutschland.

Da ein solcher Umzug mit erheblichen Kosten verbunden ist, soll der Großteil der eingehenden Spenden hierfür verwendet werden. Jede Spende ist willkommen und wird gebraucht (außer solche von Großbanken und Waffenschleibern): ob zehn DM eines armen Schülers, 100 DM eines Arbeitslosen oder 2.000 DM eines Angestellten. Also, auf zur Bank und eine Überweisung ausfüllen oder die Spende bei Eurer SAV-Ortsgruppe abgeben!

VORAN e. V.
Konto-Nr.: 2500 59 430
Postbank Essen
BLZ 360 100 43

SAV im Internet

- **VORAN**
- **Broschüren**
- **Informationen**

www.sav-online.de

Der Kampf ist international

Die SAV ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – Committee for a Workers' International). Das KAI setzt sich für die internationale Einheit der Arbeiter ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität.

Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das KAI hat Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.



Adresse: CWI, PO Box 3688, London E9 5QX, GB, Tel.: 0044/181/533 0201
 Fax: 0044/181/985 0757
 E-Mail: inter@ircn.co.uk
 website: <http://www.clubi.ie/dojo/cwi/inde>

Bücher und Broschüren

Das Grundsatzprogramm der SAV

Preis 4 DM + 1,50 DM Porto

Das Programm der SAV zum Kampf gegen Rechts

Preis 3 DM + 1,50 DM Porto

Sozialistische Alternative – Ortsgruppen

- | | | |
|---|---|---|
| <p>Aachen
 OG Ost: Dienstags, 19 Uhr, Seda-neck, Adalbertsteinweg 233
 OG Nord: zu erfragen unter 0241/508685
 OG West: Mittwochs, 19 Uhr, Cafe WABE, Welt-Haus, An der Schanz 1
 OG Mitte/Süd: Mi. 19 Uhr, Ch-Haus, Pontstraße 41
 Infos unter Tel. (0241) 508685 im SAV-Büro</p> <p>Berlin
 OG Treptow-Köpenick: Mittwochs 19 Uhr, Selbsthilfeforum, Fenst. 31, S-Bahnhof Schöneweide
 OG Prenzlauer Berg: Montags 19 Uhr, „Kiez-Club“, Jablonskistr. 26, S-Bahn Prenzlauer Allee
 Infos unter Tel. (030) 4408429 im SAV-Büro</p> <p>Bremen
 Donnerstags, 19 Uhr, Kulturzentrum Wehrschloß, Hastedter Ostereich 230.
 Infos unter Tel. (02 21) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale</p> <p>Bremerhaven
 Infos unter Tel. (02 21) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale</p> | <p>Dresden
 OG Dresden: Freitags, 18.30 Uhr im Stadtheim Neustadt, Priebrnitzstr. 18</p> <p>Freiburg
 Sonntags, 18 Uhr, SAV-Büro, Krozinger Str. 58. Infos unter (0761) 4 16 32 oder www.SAV-Freiburg-Online.de</p> <p>Hamburg
 Infos unter Tel. (040) 76 62 17 97</p> <p>Kassel
 Montags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachthof, Mombachstr. 12, Infos unter: (0561) 9223522</p> <p>Kiel
 Infos unter Tel. (02 21) 13 45 04 bei der SAV-Bundeszentrale</p> <p>Köln
 Linksrheinisch: Dienstags, 20 Uhr Allerwelthaus, Körnerstr. 77-79
 Rechtsrheinisch: Donnerstag 19.30 Uhr, „Humboldt-Eck“, Kantstr./Ecke Wiersbergstraße, U-Bahn Kalk Kapelle. Infos unter Tel. (0221) 13 45 04</p> | <p>Rostock
 OG Rostock: Donnerstags, 19 00 Uhr, SAV-Büro, Augustenstraße 92 (Eingang über Grüner Weg). Infos unter Tel. (03 81) 4996590 im SAV-Büro</p> <p>Siegen
 Mittwochs, 19 Uhr im Nordafrikanischen Verein, Frankfurter Str. 82, Nähe Löhrtor
 Infos, Tel.: (0271) 51 291</p> <p>Stuttgart
 Mittwochs, 19.30 Uhr, Jugendhaus Mitte, Hohe Str. 9
 Infos unter Tel.: (07 11) 242442</p> <p>Sonstige
 Kontakt zu folgenden Städten über die SAV-Bundeszentrale, Tel.: (0221) 1 345 04: Cottbus, Darmstadt, Duisburg und Frankfurt/Main</p> |
|---|---|---|

VORAN
 Impressum
 Voran, Hansang 4, 50670 Köln
 Tel.: 02 21/13 45 04 oder 13 46 04,
 Fax 02 21/13 72 80
 e-mail: SAVBUND@AOL.com
 Internet: www.SAV-online.de

Überregionale marxistische Monatszeitung – Erscheint seit 1973
 Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
 Verantwortlicher Redakteur: Sascha Stanic
 Erscheinungsweise: Monatlich
 Druck: Caro Druck GmbH, Frankfurt a.M.
 Bankverbindung:
 Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Konto 2500 59-430

Redaktionsschluß dieser Ausgabe:
27. 2. 2000
Die nächste VORAN erscheint am 1. 4. 2000

SAV in den Orten:



Anti-Haider Aktion der SAV-Stuttgart

Anti-Haider-Demo in Kiel

Über 150 KielerInnen waren am 12.02.00 vor das österreichische Konsulat gezogen, um gegen die Regierungsbeteiligung der rassistischen FPÖ zu protestieren. Zu der Kundgebung hatten verschiedene linke und antifaschistische Gruppen in Kiel aufgerufen. Nach der Kundgebung fand noch eine kämpferische Spontandemo statt, die ihren Willen zum Widerstand gegen Nazis und Rassisten international und ihre Solidarität mit den AntifaschistInnen in Österreich kundtat. In Schleswig-Holstein trat die faschistische NPD zur Landtagswahl an.

Wir haben mit Anderen ein Bündnis gegründet, um regelmäßig Infostände, sowie eine Podiumsdiskussion und auch eine Demonstration zu veranstalten.

Kampagnen gegen Privatisierung Kassel

Pläne der SPD sind bekannt geworden, weitgehende Privatisierungsmaßnahmen in der Stadt vorzunehmen. Die SAV-Kassel versucht, in einer Kampagne dagegen, ein breites Bündnis aufzubauen und die Gewerkschaft ÖTV in die Proteste mit einzubeziehen. Zielpunkt für eine Demonstration wäre der Unterbezirksparteitag der SPD am 20. März.

Köln

Neben den geplanten Privatisierungen will die CDU-FDP-Stadt-Regierung als erstes den Köln-Paß abschaffen. Dieser ist eine Vergünstigung für Sozialhilfeempfänger und Geringverdiener. 180.000 KölnerInnen sind auf die Ermäßigungen bei Fahrpreisen und kulturellen Einrichtungen angewiesen. Die Demonstration gegen die Abschaffung wird von SPD und Grünen unterstützt. Die SAV-Köln weist auf deren Heuchelei hin, da diese nicht die geplanten Privatisierungen ablehnen. Private Firmen werden nämlich einen Köln-Paß schwerlich anerkennen.

Berlin

Im Januar wurde von der großen Koalition ein Sparhaushalt verabschiedet, der unter anderem die Privatisierung der Wohnungsbaugesellschaften und den Abbau von 4200 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst beinhaltet. Die SAV Berlin sammelt Unterschriften für die Forderungen: "Stoppt alle Kürzungen, Einstellung der Zinszahlungen an die Banken (10 Millionen DM täglich), für einen berlinweiten Streik- und Protesttag!"

Köln: Zeitungskrieg

„Wer die Musik bezahlt, der bestimmt was gespielt wird. Journalismus, der nichts mehr kostet, wird auch nichts mehr wert sein“, so die Kölner Neven-Du-Mont-Presse über den Konkurrenten Schibsted aus Norwegen. Dieser will exemplarisch in Köln mit dem Verteilen von kostenlosen - nur mit Anzeigen finanzierten Lokalzeitungen- den europäischen Zeitungsmarkt aufbrechen. Wohl wahr, wohl wahr - doch da sollte sich der

Kölner Pressezar lieber an die eigene Nase paken. Immerhin bestimmen er und seine Unternehmerfreunde seit Jahrzehnten, was in Köln berichtet wird und was nicht. Auch die Neven-Du-Mont-Presse wird zum größten Teil durch Anzeigen finanziert und nur ein Bruchteil wird durch den Verkauf eingenommen. Der Kampf der Giganten wird mit harten Bandagen geführt, großflächigen Anzeigen, einseitigen Verfügungen und juristisch durchgesetzten wochenlangen Verteil-Verboten. Um ihren Markt zu verteidigen, haben sie und der Springer-Verlag eigene Gratiszeitungen auf den Markt geschmissen. Von einem Tag auf den anderen wurden in Köln drei Lokalzeitungen aus dem Boden gestampft: An jeder U-Bahnstation wird einem morgens eine "20 Minuten" (Schibsted), eine "Köln-extra" (Springer) und der "Kölner Morgen" (Neven-Du-Mont) kostenlos in die Hand gedrückt. Abgesehen, von den zugemüllten Plätzen hat die Sache noch einen Haken: besser informiert über das was in Köln wirklich abgeht wird man nicht. „Wer die Musik bezahlt...“

Der erste Streik der KVB (Kölner Verkehrsbetriebe) gegen die geplanten Privatisierungen wurde im Kölner Express (Neven-Du-Mont) als "Bahnsinn" titulierte. In allen Zeitungen wurde geschimpft und gehetzt. Nirgendwo wurde zum Beispiel den KollegInnen Platz gegeben ihren Standpunkt darzustellen. Der Verkauf der Voran leidet trotz Zeitungsschwemme nicht. Die Bevölkerung hat anscheinend genug von Zeitungen, die als Anzeigenblätter mißbraucht werden, deren Lücken mit Wortmüll oder Propaganda gestopft werden. Wir können gut erklären, daß es notwendig ist eine wirklich unabhängige (von Unternehmerinteressen), anzeigenfreie, sozialistische Zeitung zu unterstützen.



VORAN ist heute und auch in Zukunft unabhängig von kommerzieller Werbung und Konzerninteressen

Kim Opgenoorth, Köln



Leserbrief



Betreff: „Demonstrationsrecht verteidigen!“,
VORAN Nr. 212

Leserbrief

Liebe Freunde von der SAV,
ich war selbst von Aachen aus als arbeitsloses PDS-Mitglied auf der sog. LL-Demo in Berlin am 9. Januar 2000 mit PDS-Fahne dabei, angereist mit einem der DKP-Busse von Köln aus. Habe also miterlebt, was dort abging: Verbot der Ehrung am Vortrag durch PP Saberschinsky (CDU), dies aber nicht unter Teilnahme der PDS-Führung, wie Ihr falsch darstellt, die nicht „gemeinsame Sache mit dem Berliner Senat und dem Staatsapparat machte“, sondern lediglich die Ehrung um eine Woche verlegte und von der Polizei ein Sicherheitskonzept gegen die unbestreitbar real existierende Gefahr eines Anschlags durch jenen Wahnsinnigen da verlangte, um keine Gefährdung der Ehrungsteilnehmer mitverantworten zu müssen! Am Vorabend reagierte das Bündnis der Demonstrationsveranstalter, zu dem auch Teile der PDS zählten, und beantragte eine veränderte Route für die Demonstration. Erst danach verbot Saberschinsky nachts alle öffentlichen politischen Veranstaltungen für 9. 1. 2000 im gesamten Land Berlin.

In Eurem Artikel hat Aron Amm zwar recht, daß weder Gysi noch Bisky (er schreibt „Bisky und Co.“, - wer ist denn „Co.“?) mitdemonstrierten. Aber der in diesem Zusammenhang von Aron Amm angesprochene Schutz für Demonstrations-Teilnehmer durch die Immunität anwesender PDS-Abgeordneter erfolgte seitens etlicher anwesender PDS-Abgeordneter: Carsten Hübner, Ulla Jelpke, usw. werden einfach in Eurem Artikel unterschlagen, mit welcher Absicht? Nur schlechte Recherche? Oder Verleumdung gegenüber der von Euch ungeliebten PDS?

Natürlich waren die da mitbeteiligten PDSlerInnen wie ich und unser Aachener Kreisratsmitglied Olaf Seiler nicht einverstanden mit der Verlegung der Ehrung durch Petra Pau. Daher protestierte ich offen schriftlich bei ihr (vgl. „Junge Welt“), erhielt Antwort und legte nochmal nach. Auch Gregor Gysi bekam per e-mail Post von mir wegen seiner Äußerung, die Spontandemonstration da wäre eine „Krawalldemonstration“, was sie nicht war. Wir hätten uns auch die innerparteiliche Telefonkette gewünscht, mit der Petra Pau Ordner an die Bahnhöfe am 9. 1. 2000 früh postierte, die Menschen abhielten, zur verbotenen Ehrung zu fahren, - aber wir hätten uns dieselbe Telefonkette gewünscht, damit in den betroffenen Stadtgebieten ein Meer roter Fahnen von den Fenstern und Balkonen Karl und Rosa auch am vorgesehenen 9. 1. 2000 ein chrendes Zeichen gesetzt hätten und uns Solidarität symbolisiert hätten! Was ich Petra Pau auch mitteilte. Rote Grüße aus Aachen, Jens-Torsten Bohlke

Antwort

Lieber Jens-Thorsten,
Es ist dir hoch anzurechnen, daß du trotz Verbot von seiten der Polizei und Absage seitens der PDS-Führung nicht nur am 9. Januar zum Gedenktag für Rosa und Karl von Aachen nach Berlin gekommen bist, sondern auch deinen Protest gegenüber Gysi öffentlich vorgebracht hast. Es ist richtig, daß mit Hübner, Jelpke oder Wolf PDS-Abgeordnete auf der Demonstration am 9. 1. anwesend waren. Das gilt aber nicht für die Mehrheit der Parteiführung. Der PDS-Vorstand hatte die Demo bereits in den letzten Jahren nicht unterstützt. Wie du selbst schreibst, schimpfte Gysi die Demo eine „Krawalldemonstration“. Im Interview in der Berliner Zeitung vom 8. Februar 2000 erklärte er: „Für die PDS ist es besonders wichtig, jetzt (...) einen deutlichen Trennstrich zur dogmatischen Linken zu ziehen.“

In deinem Brief kritizierst du unseren Vorwurf an die PDS-Spitze, „gemeinsame Sache mit dem Berliner Senat und dem Staatsapparat“ zu machen. Es ist aber eine Tatsache, daß sich die VertreterInnen der PDS-Führung über die Köpfe der Demo-AufruferInnen hinweg mit dem Polizeipräsidenten und dem Innensenator beraten haben. Im Anschluß daran ist Petra Pau zusammen mit Saberschinsky und Werthebach an die Öffentlichkeit getreten. Übrigens hat sie bei ihren Medienauftritten mit keiner Silbe die Demo und die anderen Positionen der Demo-AufruferInnen erwähnt.

Allerdings ist deine Haltung widersprüchlich. Auf der einen Seite schreibst du, wie notwendig es war, am 9. Januar auf die Straße zu gehen. Auf der anderen Seite äußerst du Verständnis für die PDS-Führung, die Ehrung um eine Woche zu verlegen und von der Polizei ein Sicherheitskonzept zu verlangen.

Selbst wenn man der Meinung sein sollte, daß eine „Gefahr“ vorgelegen hätte, wäre es falsch gewesen, in der Hoffnung auf Schutz, den Schulterschuß mit Polizei und Justiz zu suchen. In deinem politischen Leben wirst du selbst oft genug die Erfahrung gemacht haben, daß die Polizei dich nicht beschützt hat, sondern gegen dich vorgegangen ist. Übrigens sollte uns auch zu denken geben, daß kurz nach dem Verbot der größten traditionellen Kundgebung der Linken in der BRD am 29. Januar mehr als tausend Polizisten im Einsatz waren, um 600 Neonazis - zum ersten Mal seit 1945 - einen Marsch durch das Brandenburger Tor zu ermöglichen.

Mit sozialistischen Grüßen, Aron Amm

JA, ich möchte die VORAN abonnieren:

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- ein Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ DM bezahlen
- zusätzlich ___ Exemplare zum Weiterverkaufen
(in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Name _____ Telefon _____
Adresse _____

Geschenk-Abo befristet, 10 Ausgaben zu 25 DM unbefristet
Ich verschenke das Abo. Bitte an folgende Adresse liefern:

Name _____ Telefon _____
Adresse _____

Ich erteile VORAN e.V. eine Einzugsermächtigung für

O die Bezahlung meines VORAN-Abos O eine monatliche Spende über ___ DM

Kontoinhaber, Anschrift _____
Kontonr./ Bank/ BLZ _____
Ort, Datum _____

Sozialismus 2000



Ein Wochenende voller
Informationen,
Diskussionen und
Debatten

Berlin
21.-23. April

Alte Feuerwache, Axel-
Springer-Str. 40-41
(ehemals Lindenstr.)
Berlin-Kreuzberg

(Zweiter Eingang an der Oranienstraße 96,
links neben der Bundesdruckerei)

- ★ **Sozialismus international:** Veranstaltung mit: Sonja Grusch, Bundessprecherin der Sozialistischen Linkspartei in Österreich über den Kampf gegen Haider, sowie RednerInnen aus Kaschmir, Russland, Deutschland und Irland.
- ★ **Marx** – größter Denker oder größter Utopist des Jahrtausends?
- ★ **Veränderung durch Parlamente?** Debatte zwischen Joe Higgins, Abgeordneter der Socialist Party im irischen Parlament und einem PDS-Abgeordneten.
- ★ **Plan contra Markt** – wie eine sozialistische Planwirtschaft funktionieren kann.

... sowie weitere Veranstaltungen, Filme und eine Party am Samstagabend

Ja ich möchte an Sozialismus 2000 in Berlin vom 21.- 23. April 2000 teilnehmen

Bitte schickt mir weitere Informationen und die Anmeldeunterlagen

Name, Telefon

Adresse

Senden an:

Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln, ☎ (0221) 13 45 04
Fax: (02 21) 13 72 80, e-mail: savbund@aol.com

Weitere Infos
(030)
4408429
(0221)
13 45 04

Interview:

Wie wir Haider bekämpfen

Sonja Grusch gehört zu den Organisatoren der Anti-Haider-Bewegung in Wien, ist Mitglied des Aktionsbündnisses von über 30 Organisationen und Bundessprecherin der neugegründeten Sozialistischen Linkspartei (SLP).

Wie schätzt du die Bewegung ein, was ist daran so besonders für Österreich und wie wird es jetzt, nach dem erfolgreichen Schulstreik und der Großdemo am 19. Februar, weitergehen?

Diese Bewegung ist einzigartig für Österreich - 3 Wochen lang sind in Wien und auch in allen anderen Landeshauptstädten täglich tausende Menschen auf die Straße gegangen. Die Regierung mußte durch einen Geheimgang zur Angelobung gehen, ihre Haupttätigkeit zur Zeit ist Rechtfertigung. Es ist die schwächste Regierung seit '45. Das Wahlergebnis vom 3. Oktober war ein Schock für viele, aber die neue Regierung hat eines bewirkt - sie hat viele wachgerüttelt. Es gibt eine Welle der Politisierung wie es sie wohl seit den 70er Jahren nicht mehr gegeben hat. Wenn wir mit den Demonstrationen durch die Wohnbezirke gehen, winken die Menschen aus den Fenstern, hängen irgendwelche roten Tücher, Hemden etc. raus, kommen auf die Straße und gehen mit. Ich bin schon länger politisch aktiv, aber so etwas habe ich noch nie erlebt. Der Schulstreik am 18. Februar war eine der größten Jugendbewegungen der Zweiten Republik. Trotz massiver Einschüchterungsversuche haben über 20.000 SchülerInnen aus ganz Wien, aus verschiedenen Schultypen teilgenommen. Bei der Großdemonstration am 19. Februar waren trotz Regen 300.000 Menschen auf der Straße.

Der 19. Februar war ein Höhepunkt - wie es weitergeht hängt zu einem großen Teil von der Gewerkschaft ab. An der Basis gärt es - erstmals seit Jahrzehnten ist „Streik“ ein Wort, daß offen von den ArbeitnehmerInnen aufgegriffen und selbst gefordert wird. Die Gewerkschaftsführung argumentiert, man müsse warten, bis die Regierungsmaßnahmen



Sonja Grusch wird auf der Veranstaltung „Sozialismus 2000“ über die Bewegung gegen Haider berichten

im Parlament zur Abstimmung stünden, dann wüßte man erst wie sie genau aussehen, und dann würde man dagegen aktiv werden. Aber selbst diese Bürokraten müssen immer wieder den Streik als Mittel nennen.

Ihr fordert den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Wieso soll diese Haider stoppen können?

Die FPÖ konnte so stark werden, weil die SPÖ keine Arbeiterpartei mehr ist und ein Vakuum hinterlassen hat. Aber obwohl viele ArbeiterInnen die FPÖ wählen ist sie doch keine Arbeiterpartei. Ihr Programm richtet sich klar gegen die Gewerkschaften und sie steht für neoliberale Wirtschaftspolitik. Die 300.000 bewußten NichtwählerInnen zeigen, daß eine neue Arbeiterpartei fehlt. Die wird natürlich nicht von selbst entstehen. Aber die jetzige Bewegung kann ein Ansatz dafür sein. Die rein moralische, zum Teil heuchlerische, Kritik an Haider, wie sie von SPÖ, Grünen und Liberalen kommt, kann die FPÖ nicht stoppen, weil sie die soziale Komponente nicht berücksichtigt. Eine neue Arbeiterpartei würde nicht nur gegen Sozialabbau und Rassismus kämpfen - die ja eng zusammenhängen -, sondern auch effektiven Widerstand gegen die FPÖ organisieren. Denn Demonstrationen und Appelle reichen nicht aus. Um

die Regierung zu stürzen müssen wir mehr lahmlegen, als nur den Verkehr von Teilen von Wiens. Wenn gestreikt wird, dann tut das den Herrschenden wirklich weh!

Am 20. 2. hat die formelle Gründung der Sozialistischen Linkspartei in den Räumen der Druckerei-Gewerkschaft stattgefunden. Was ist euer Programm gegen die schwarz-blaue Regierung?

Die SLP war eine zentrale Kraft in der Bewegung der letzten Wochen. Für uns ist es wichtig, die soziale und die rassistischen Elemente der Regierung in Verbindung zu sehen, den Widerstand auszuweiten und für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei einzutreten. Die Gründung der SLP war ein Schritt in diese Richtung der durchaus Unterstützung von anderen linken Organisationen gefunden hat. Wir müssen aber auch sehen, daß es nicht reicht, nur den Kampf gegen diese Regierung zu führen. Denn auch jede zukünftige Regierung, die im Rahmen des Systems und auf dem Boden der Profitlogik agiert, wird Sozialabbau betreiben. Die SLP steht daher nicht nur für Widerstand gegen diese Regierung, sondern für eine völlig andere Regierung, eine Regierung auf sozialistischen Grundsätzen. Das bedeutet aber letztlich auch eine andere, eine sozialistische Gesellschaft. ■